Freitag, den 22. Dezember 1922. 94. Jahrgang. — Nr. 299.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 650.— Mk., (im voraus zahlbar) frei Haus, durch die Post bezogen monatlich 650.— Mk. mit Bestellgeld. — Erscheint an allen Werktagen morgens. Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Kostenlose Unfall-Unterstützung von 3000 Mark gemäß unseren Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbez. 10.— Mk., Familienanzeigen 8.— Mk., Stellengesuche 8.— Mk., außerhalb 15.— Mk., Finanzanzeigen 16.— Mk. für 1mm Höhe u. 33mm Spaltenbreite; im Reklameteil, 77mm breit für 1mm 55.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsw. Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Poincare's neue Ruhrpläne.

Nach Pariser Meldungen hält Poincare noch immer an dem Plane eines wirtschaftlichen Pfandes im Ruhrgebiet fest. Er soll angeblich einen neuen Vorschlag vorbereitet haben, der in seinem Grundgedanken auf den des Ministers Loucheur zurückgeht. Das jetzt besetzte Gebiet soll durch eine Zollgrenze völlig wirtschaftlich von Deutschland abgetrennt werden und nach dem Muster im Saargebiet eine eigene Verwaltung erhalten. Auch die Frage der Einführung der Frankenwährung in diesem Gebiet ist vorgesehen.

Poincare hofft, mit diesem Plan bei den Engländern auf keinen Widerstand zu stoßen. Dieser Plan wird bestätigt im „Oeuvre", das u. a. schreibt: Es sei von Interesse, zu wissen, daß nach verschiedenen Anzeichen Poincare viel mehr an die Ruhr und an produktive Pfänder denke, als an den Londoner Zahlungsplan. Wenn er noch von einem Guthaben auf Deutschland spreche, so geschehe das nur aus Scham oder Vorsicht. Er glaube aber nicht mehr an die Reparationen und erblicke in den Pfändern die einzige Bezahlung, die Frankreich überhaupt noch von Deutschland bekommen könne.

Auch aus den übrigen Presseäußerungen der Pariser Presse ergibt sich, daß die Frage der Ruhrbesetzung erneut in Frankreich zur Besprechung gestellt wurde. Pertinax sagt bei Besprechung der amerikanischen Pläne u. a., sie seien geeignet, Frankreich auf dem Wege nach der Ruhr aufzuhalten. In der „Victoire" mit Herve dem „künftigen Chef des nationalen Blocks" Tardieu, sich der Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebiets zu bedienen, um einen Druck auf England und Amerika auszuüben. Aus alledem ergibt sich für Deutschland, daß vorläufig kein Anlaß zum Optimismus vorliegt.

Die Antwort bezüglich Passau, Stettin und Ingolstadt.

Die Botschafterkonferenz, die, wie bereits mitgeteilt, dem deutschen Botschafter Dr. Mayer in einem Brief auf die deutsche Note über die Zwischenfälle von Passau, Stettin und Ingolstadt antwortete, stellt in diesem Briefe die Behauptung auf, daß die Ausführungen der deutschen Note dem Bericht der interalliierten Kontrollkommission widersprechen.

Die Konferenz nimmt die Zahlung von einer Million Goldmark seitens der deutschen Regierung anstatt der Städte Passau und Ingolstadt zur Kenntnis. Sie wird die Entschuldigung der deutschen Regierung annehmen unter der Bedingung, daß sie namens der Reichsregierung, sowie der bayerischen Regierung und der lokalen Behörden von Passau und Ingolstadt ausgesprochen werde und daß der Text der Entschuldigung offiziell in der Presse veröffentlicht werde.

Was die lokalen Sanktionen für Stettin, Passau und Ingolstadt anbetrifft, erklärt die Note, die Botschafterkonferenz werde erst nach völliger Durchführung Genugtuung erhalten haben.

Infolgedessen wird die interalliierte Kontrollkommission beauftragt, von der deutschen Regierung zu verlangen:

Für den Zwischenfall von Stettin a) mitzuteilen, wohin die verantwortlichen Polizeibeamten, sowie die beiden ihrer Stellung enthobenen Verbindungsoffiziere versetzt wurden, b) Verschärfung der Strafen, die die Polizeibeamten erlitten, und Abänderung der Begründung dieser Strafen.

Wegen des Zwischenfalles von Passau 1. Abberufung der mit dem Polizeidienst betrauten Beamten, 2. Mitteilung, welche Verwendung der seiner Stellung enthobene Bataillonsführer fand.

Wegen des Zwischenfalles von Ingolstadt a) Abberufung der mit der Leitung der Polizei betrauten Beamten, b) Pensionierung des Kommandanten der Munitionsanstalt.

Ein weiteres Kapital französischer Ausbeutung.

Eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Lersner und Gen. macht darauf aufmerksam, daß in der Zeit nach dem Abschluß des Waffenstillstandes bis zum Frühjahr 1920 über 200000 deutsche Kriegsgefangene mit Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs beschäftigt waren. Frankreich zahlte den Kriegsgefangenen dafür nur ein tägliches Taschengeld von 20 bis 40 Centimes, statt des üblichen Tagelohnes von 25—30 Franks. Die französische Regierung erzielte dadurch einen Gewinn von 1½ Milliarden Goldfranks.

Die Antragsteller fragen, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um eine Anrechnung dieser deutschen Leistung durch die Entente herbeizuführen.

Ameritas Stellungnahme zur Anleihefrage.

TU. **Paris**, 21. Dez. Thomas Lamont, einer der Direktoren der Morganbank, hat, am Mittwoch bei einem Diner, das unter dem Vorsitz von Elihu Root stattfand, in Newyork über die Anleihefrage gesprochen.

Lamont sagte u. a.,

weder die Bank, der ich angehöre, noch eine andere Bank ist imstande, Deutschland eine Anleihe von 1½ Milliarden Dollar zu geben. Ich muß auch in Abrede stellen, daß der deutsche Botschafter Dr. Wiedfeldt durch das Staatsdepartement zu uns geschickt wurde. Als Morgan und ich Herrn Dr. Wiedfeldt sagten, daß eine Anleihe jetzt unmöglich sei, haben wir ihm nicht die Anleihe verweigert, sondern wir haben die Gründe angegeben, die uns zur Zeit unmöglich erscheinen lassen, eine große Anleihe flüssig zu machen. Die Gründe liegen aber nicht im Bereich der Bank. Wir können nur eine Situation benutzen, um Geld zu mobilisieren, aber wir können keine Situation schaffen. Wir können unter den jetzigen Verhältnissen eine Beteiligung nicht empfehlen. Deutschland ist heute nicht in der Lage, Geldgebern Vertrauen einzuflößen.

Die erste Voraussetzung für eine Aenderung geschäftsmäßig betrachtet, ist Festsetzung der Reparationsschuld. Es muß eine bestimmte Summe vereinbart werden, sodaß Deutschland sich für die Zahlung einrichten kann. Ist das geschehen, dann muß etwas zur Heranschaffung der Anleihe geschehen. **Deutschland muß den Alliierten die Stabilisierungspläne vorlegen, die die Verwaltung der Fälle einschließen.** Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, dann kann ich mir vorstellen, daß eine Reihe amerikanischer Geldgeber bereit sein wird, Deutschland zu helfen. Sie wird nicht so rosenhaft erscheinen, wie sie die Phantasie erträumt, aber **groß genug, um Deutschland aus der Patsche zu helfen.**

Für Frankreich haben wir alle ein aufrichtiges sympathisches Gefühl. Wir glauben an die Sparsamkeit des französischen Volkes und wollen gerne mit ihm ein Geschäft machen, aber ich kann mir nicht denken, daß Deutschland in der nächsten Zukunft in der Lage sein wird, die Reparationsschuld durch eine Anleihe zu bezahlen.

*

TU. **Paris**, 21. Dez. Nach den zahllosen einander widersprechenden Berichten aus Washington läuft folgende offiziöse Meldung hier ein:

In offiziellen Kreisen sieht man es ab, auch nur die kleinste Mitteilung über den Zweck der Reise des Herrn Harvey zu geben. Das Bankhaus Morgan habe erklärt, daß keine Anleihe möglich ist, solange nicht eine Lösung in der Frage der Wiedergutmachung zustande gekommen ist. Dieser Gesichtspunkt scheint auch der der Regierung zu sein, doch hat die Regierung bisher keinerlei eigene Pläne zur Kenntnis gebracht. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die amerikanische Regierung sich nicht weigern würde, ihren Beistand zur Regelung des Wiedergutmachungsproblems zu leisten, wenn dieses Problem in ernster Weise zur Sprache gebracht werden würde. In offiziellen Kreisen ist man erstaunt über die Wichtigkeit, die die europäische Presse den bloßen Vermutungen der amerikanischen Blätter in dieser Frage beilegt.

Frankreichs Widerstand.

W. **München**, 21. Dez. „Daily Telegraph" schreibt: Der Vorschlag, daß der deutsche Gesamtreparationsvorschlag von einer internationalen Körperschaft von Finanzsachverständigen festgesetzt werden soll, wird in Paris kaum begünstigt. In dieser Frage teile Rom möglicherweise die Ansicht von Paris. Ein sehr umfassender Meinungsaustausch sei jetzt zwischen der französischen und der italienischen Hauptstadt im Gange. Die Frage der Tagung in Brüssel wurde erneut aufgeworfen.

Es verlaute, daß der französische Botschafter in London Graf St. Aulaire aus Paris keinen neuen Reparationsvorschlag Poincares als das Ergebnis seiner Unterredungen mit dem französischen Ministerpräsidenten nach London brachte. Poincare scheine noch auf dem Standpunkt zu stehen, den er zum Schluß der letzten Londoner Konferenz einnahm. Der versöhnliche Ton der Rede Poincares im französischen Parlament dürfe nicht dahin ausgelegt werden, daß Frankreich irgendwie in seiner Entschlossenheit nachließ, unabhängig vorzugehen, falls ein interalliiertes Uebereinkommen, daß Frankreich die wichtigsten Rechte und Interessen sicherstelle, nicht erzielt wird.

Rückt Italien von Frankreich?

TU. **Rom**, 21. Dez. Ein Leitartikel der offiziösen „Idea Nacionale" führt in scharfen Worten aus, daß in den italienischen Bemühungen über die Schulden und Reparationsfrage nur von Frankreichs Seite Widerstand komme. Frankreich erblicke selbst in der geringsten Abänderung des Versailler Vertrages eine schwere Gefahr für seine fixe Idee, Deutschland zu „erdrosseln" (!), und nach Belieben Sanktionen zu verhängen. Das übrige Europa sei dieser Politik aber müde und Frankreich werde diesmal an eine unüberwindliche Mauer stoßen.

Amerika und die Besetzung des Ruhrgebietes.

w. **Newyork**, 21. Dez. (Funkspruch.) **„Newyork Tribune" erfährt aus Washington von einer hohen amtlichen Persönlichkeit, daß die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückgezogen werden würden, wenn Frankreich das Ruhrgebiet be etze. Es wurde mitgeteilt, daß die Regierung eine Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen nicht billigt.**

Die Tarifpolitik der Eisenbahn und die Lebensmittelpreise.

Die außerordentliche Steigerung der Eisenbahngütertarife hat den Berliner Magistrat zu einer Eingabe an das Reichsernährungsministerium veranlaßt, in der auf die geradezu katastrophale Auswirkung der Tarifpolitik der Eisenbahn auf die Preisgestaltung der Lebensmittel hingewiesen wird, so beträgt z. B. die Fracht für ein Pfund Räucherfische von Stolp in Pommern bis Berlin nach dem Januartarif 74,60 Mk. Ein Waggon aus Italien bezogenes Gemüse kostet 80 000 Mk. Transport.

Erhöhung der Erwerbslosen-Fürsorge.

Das Reichsarbeitsministerium hat, Berliner Pressemeldungen zufolge, vorgeschlagen, die bestehenden Sätze der Erwerbslosenfürsorge um ungefähr 100 Mark pro Tag zu erhöhen.

Teilnahme des bayrischen Handelsministers an den Reparationsbesprechungen.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist der bayerische Handelsminister von Meinel auf persönliche Einladung des Reichsfinanzministers Dr. Hermes zur Teilnahme an den Besprechungen über die Reparationsfrage nach Berlin abgereist.

Ein polnischer Bandenüberfall auf ein schlesisches Gut.

Auf das Gut Dittersbach bei Winzig nahe der polnischen Grenze wurde ein Ueberfall von seltener Frechheit von einer etwa 15 köpfigen Bande verübt. Das Gut, das abseits vom Dorfe liegt, wurde von dieser Bande überfallen, die zunächst versuchte, den Schweinestall zu erbrechen und zu berauben. Es kam zu einer Schießerei, im Verlaufe deren sich die Einbrecher zurückzogen. Nach kurzer Zeit jedoch kehrten sie wieder zurück und versuchten nun, mit Militärgewehren vorzugehen. Es gelang jedoch, die Angreifer zurückzuschlagen. Es wird vermutet, daß es sich um eine polnische Bande handelte, die über die polnische Grenze gekommen ist.

Die deutsche Mark in Belgien.

Die Agence Belge und die Brüsseler Zeitungen melden, daß im Augenblick der Rückzahlung der Mark zum Parikurs nach dem Waffenstillstand Spekulanten nach Belgien Millionen vielleicht Milliarden von Mark einführten, die sie zu 65 Centimes kauften, die, wie die früher von den Deutschen in Belgien verausgabten deutschen Mark (Anmerkung der Redaktion: Zu 1 Fr. 25 Cent.) angenommen waren. Alle Staatsanwälte Belgiens beschäftigen sich augenblicklich damit, diese Betrügereien aufzuspüren. In Brüssel allein werden 2700 verdächtige Fälle untersucht.

Ein Schmugglerkurier.

Ein nach Riga abgehender Kurier der amerikanischen Hungerhilfe wurde von den russischen Behörden revidiert und bei ihm für einige Trillionen Schmuggelwaren festgestellt darunter Silber, Brillanten, Gold, wertvolle Pelzsachen, Kunstgegenstände und Gobelins, alte Oelgemälde, Teppiche. Die „Iswestija" schreibt, daß durch diesen Vorfall die Gerüchte, daß die Amerikaner Schiebungen machten, ihre Bestätigung fänden.

Die Abrüstung zur See.

Reuter meldet aus Washington, der Marinesekretär legte dem Kongreß einen Bericht vor, der besagt, daß weder Amerika noch Japan beabsichtigen, die Zahl der vorhandenen Großkampfschiffe herabzusetzen, solange der Abrüstungsplan nicht in Kraft getreten sei, wenn auch beide Länder den Bau von Großkampfschiffen eingestellt hätten. Reuter bemerkt dazu, daß Großbritannien im Gegensatz zu der Haltung der Vereinigten Staaten und Japans eine ansehnliche Zahl von Großkampfschiffen außer Dienst gestellt habe.

Die irrtümliche Einstellung.

Als durch die Veröffentlichungen des „Newyork Herald" die ersten Nachrichten über den amerikanischen Sanierungsplan in Deutschland bekannt wurden, verfiel ein großer Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands in den alten deutschen Fehler, nun alle Not behoben, Amerika als den Retter Deutschlands zu sehen. Es ist der alte, betrübliche Fehler Deutschlands, der bereits in den letzten Jahren des Weltkrieges mit dem Warten auf den „großen Mann" seine üblen Blüten trieb. Die auf Sensationsmacherei um jeden Preis eingestellte parteilose Presse hat dann weiter noch das ihrige getan, die bequeme Meinung des politisch Indifferenten großzuziehen, in Amerika sei nun der gute Onkel gefunden, der angepumpt werden kann und pumpen will. Wir haben bald beim ersten Auftauchen dieser Meldungen des „Newyork Herald", deren hochpolitischer und für die deutschen Verhältnisse tief einschneidender Charakter nicht im geringsten angetastet werden soll, gewarnt, eindringlich gewarnt vor dieser irrtümlichen Einstellung eines großen Teiles der öffentlichen Meinung Deutschlands. Und nun, wo in der weiteren natürlichen und erklärlichen Abwickelung der Dinge es sich immer mehr und mehr vor aller Oeffentlichkeit zeigt, daß Amerika überhaupt nur mit Frankreich eine finanzielle Sanierung vorhat, aus der unter Umständen Deutschland, wenn es wirtschaftlich und politisch klug und weise handelt, Nutzen ziehen, Rettung finden kann, tritt bereits der verhängnisvolle Rückschlag ein: der eine Teil läßt in dumpfer Lethargie den Kopf hängen, weil Amerika nicht der gefügige Pumponkel sein will, der andere Teil, der bewußt sozialistisch orientierte, gibt sich daran, an den Taten des Kabinettes Cuno, dieses Anstoßes für jeden Sozialisten, sich zu reiben, um den einzigen Vorteil Deutschlands, die kluge und weise Einstellung zu diesem amerikanisch-französischen Finanzgeschäft bald in seinen Anfangsstadien zu erschweren, vielleicht gar auszuschalten.

Wir bedauern dieses alte, betrübliche Spiel, das sich jetzt wieder einmal in Deutschland abspielt, gerade in diesen überaus ernsten Stunden auf das tiefste. Nachgerade fängt man bereits an, in dem uns nicht besonders wohlgesinnten Auslande sich über diese deutsche Einstellung, Amerika als den großen Pumponkel anzusprechen, lustig zu machen. Der Londoner „Daily Telegraph" schreibt recht ironisch: „Die Regierung Cuno scheine zu glauben, daß sie eine große Anleihe direkt von Amerika erhalten würde, das ist aber ein großer Irrtum. Die amerikanische Regierung bemüht sich, ihre auswärtigen Guthaben einzuziehen, nicht aber neue zu vergeben. Für eine private Anleihe aber müsse das Reich volle Sicherheit geben." Sicherlich zur Freude des gesamten sozialistischen Klüngels in Deutschland werden hier von dem sattsam bekannten deutschgegnerischen Organ Londons dem Kabinett Cuno deutsche Dummheiten an die Badehosen geschrieben, mit denen es wahrlich nichts zu schaffen hat. Noch deutlicher wurde einer der Chefs der Morganbanken, Thomas Lammont, der anläßlich eines Festessens in Newyork sagte: Morgan und ich haben auch dem Botschafter Wiedfeld erklärt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Anleihe für Deutschland unmöglich sei. Denn Deutschland ist nicht in der Lage, das Vertrauen einzuflößen, das da sein muß, um seine Schuldverschreibungen zu kaufen. Nach unserer Ansicht muß zunächst das Reparationsproblem gelöst werden."

In wahrem deutschem Interesse empfinden wir schwer diesen kalten Wasserstrahl, der hier aus London und Newyork zu uns herüberkommt. Das durch keine Sachkenntnis und politische Einsicht getrübte Geschrei der politisch indifferenten Masse hat es wieder einmal fertiggebracht, daß der politisch recht klugen und vorsichtigen Taktik des Kabinettes Cuno in dieser Frage von unseren Gegnern unsagbare Schwierigkeiten bereitet werden. Wir wissen ganz genau selbst, daß trotz allen Reklamegeschreies der Anhänger um Breitscheid, Scheidemann und Wirth die sozialdemokratische Mißwirtschaft in Deutschland seit 1918 jedes Vertrauen des Auslandes zu einer wirkliche Hilfe bringenden gutangelegten fremden Finanzhilfe ausschließt. Wir wissen ferner selbst sehr genau, daß der Abbau dieser sozialistisch orientierten Revolutionswirtschaft, die Anbahnung und Durchführung einer durchaus bürgerlichen und nationalen Grundanschauung in unserer äußeren wie inneren Politik die erste Voraussetzung sowohl für die Wiedererlangung des alten deutschen Vertrauens im Auslande, wie auch für eine wirkliche Wiedererneuerung, für einen gesunden deutschen Aufbau sein muß.

Wir haben ferner die durchaus wohlbegründete Vermutung, daß die überaus große Liebe Frankreichs und unserer anderen ausgesprochenen Gegner für die demokratischen Einrichtungen mit stark sozialistischem Einschlag nach der deutschen Revolution in dem Wunsche wurzeln, eine deutsche Wiedergesundung, einen deutschen Wiederaufbau solange, wie nur irgend möglich, hintanzuhalten. Die hier eingangs dieser Zeilen angezogene hämische Ironie des deutschgegnerischen „Daily Telegraph" mit ihrem durchaus unberechtigten Seitenhieb auf das Kabinett Cuno erscheint wiederum als eine Bestätigung dieser wohlbegründeten Vermutung.

Weiter sind wir aber der Meinung, daß die Bildung des bürgerlichen Kabinettes Cuno, gegenüber dem stark sozialistischen Einschlag, der sich im verflossenen Kabinett Wirth breitmachen konnte und durfte, einen bedeutenden Anfang auf dem Wege zur deutschen Wiedergesundung darstellt. Wir empfinden es darum umso schmerzlicher, daß die Sensationsdummheiten jener bequemen Leute, die da glaubten, ihrer Freude über den amerikanischen Pumpwonkel Ausdruck geben zu müssen, wieder einmal dazu beigetragen haben, außenpolitisch unsere Gegner auf den Plan zu rufen, innenpolitisch den sozialistischen Treibereien gegen das bürgerliche Kabinett Cuno neues Wasser ihren Mühlen zuzuführen. Vielleicht lernt unsere Sensationspresse und unsere Sensationsgemeinde aus dem Rückschlag in der gegnerischen ausländischen Presse endlich einmal, was sie in dieser trüben deutschen Notzeit schon längst gelernt haben müßte.

Es wäre trotz dieser vermeintlichen Rückschläge falsch, die Bedeutung der amerikanischen Finanzvorschläge für Deutschland für hinfällig oder gar für gescheitert anzusehen. Es handelt sich hierbei um einen geschickten Vorstoß der angelsächsischen Weltwirtschaft gegen den Napoleonismus Poincares, um einen Vorschlag an Frankreich, nicht an Deutschand. Bei geschickter deutscher Staatskunst — und wir können, dürfen und müssen zu dem Kabinett des Wirtschaftlers Cuno alles Vertrauen haben — ist aber Deutschland die Möglichkeit gegeben, seinen Gläubiger zu wechseln, an Stelle des auf Vernichtung und Verschlagung ausgehenden Frankreich Amerika mit seinen klaren, nüchternen Geschäftsprinzipien als ersten Gläubiger vor uns zu haben. Daß diese Umstellung einer deutschen Entwicklung, einer Meisterung der schweren deutschen Not nur von Vorteil sein kann, bedarf wahrlich keiner weiteren Erörterung. Sie schließt aber auch einen gründlichen Abbau der sozialistischen Revolutionsherrschaft im neuen Deutschland in sich und erfreut sich darum nicht der besonderen Vorliebe der ausgesprochenen Nutznießer der deutschen Revolution von 1918. An der politischen Einsicht des deutschen Volkes wird es in diesen Tagen liegen, verständig und taktvoll hinter der Führung des Kabinettes Cuno zu stehen.

R—r.

Französische Justiz.

Das Kriegsgericht des Generalstabes der französischen Rheinarmee in Mainz verurteilte den Kriminalassistenten Franz Barthold von der politischen Abteilung Ia des Polizeipräsidiums Berlin zu 1½ Jahren Gefängnis und Kriminaloberwachtmeister Franz Schörchen zu zwei Jahren Gefängnis wegen angeblichen Spionageversuches im Sinne der Verordnung 71 der interalliierten Rheinlandkommission, weil sie an eine fremde Macht Nachrichten zu übermitteln suchten, die geeignet gewesen sein sollen, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Es ist daher nicht bekannt, auf welche Unterlagen sich die Anklage stützt. Da es sich um deutsche Beamte handelt, dürfte ein ähnlicher Fall wie bei Dr. Prange vorliegen.

Zu der Verurteilung des Kriminalassistenten Barthold erfahren wir aus bestunterrichteter Quelle noch folgendes: Barthold war zur Abwehrabteilung Essen der politischen Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums kommandiert. Zu seinen Obliegenheiten gehörte es, Ermittelungen gegen diejenigen sogenannten Deutschen anzustellen, die ihr Vaterland für 100 Franken an die französische Besatzung verraten, deutsche Reichsangehörige für die Fremdenlegion anwerben usw. Anfang Oktober wurde er auf Anzeige eines Deutschen in Düsseldorf verhaftet und nach Mainz abtransportiert, wo er in strenger Einzelhaft gehalten wurde. Das französische Gericht wußte anscheinend, weshalb die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand. Im übrigen sind die Fälle von Landesverrat im besetzten Gebiet erschreckend hoch und machten besondere Abwehrmaßnahmen der Regierung notwendig, umsomehr, als die deutschen Angeber auch mit erdichteten Meldungen über deutsche Rüstungen, wie im Fall Anspach, arbeiteten.

Die separatistische Bewegung in Ostpreußen.

In Berliner Blättern wird ein ostpreußischer Autonomieplan erörtert, der insbesondere die alten Pläne wieder aufrührt, die im Winter 1918/19 und zur Zeit des Friedensschlusses in Ostpreußen vielfach erörtert wurden. Inzwischen ist nach Mitteilungen von Königsberger Blättern die Stimmung in Ostpreußen durch das ungeeignete Vorgehen der preußischen Regierung gegen ostpreußische Instanzen und namentlich gegen die Landräte solchen Plänen außerordentlich geneigt geworden. Insbesondere soll diese separatistische Bewegung von den Rechtsparteien getragen werden, die ein Reichsland aus Ostpreußen gemacht zu sehen wünschen, um sich dem Einfluß der preußischen, stark sozialistisch orientierten Regierung künftig zu entziehen. Der Stein ist besonders dadurch ins Rollen gekommen, daß Minister Severing kürzlich zwei Landräte von ihrem Posten entfernt hat und anscheinend beabsichtigt, diese Stellen nunmehr durch Parteifreunde zu besetzen. Da die Rechtsparteien in Ostpreußen die Mehrheit besitzen,

Die Frachtermäßigung und Ausfuhrfreiheit für Seefischereiprodukte.

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich, wie kurz bereits gemeldet, in einer seiner letzten Sitzungen mit einem Antrage der Vertreter der Seefischerei auf Aufhebung der Ausfuhrbeschränkung für Seefische und Frachtermäßigungen für Seefische und Seefischereiprodukte.

Die Antragsteller führten zur Begründung aus, daß das Gewerbe vor der Gefahr der Stillegung stehe, weil die Betriebskosten z. B. im November etwa auf das 15 000fache, die erzielten Preise für Seefische aber nur auf etwa das 600fache gestiegen seien. Die Höhe der Ausgaben werde hauptsächlich durch den Kohlenpreis bestimmt, der 60 Prozent der Gesamtunkosten ausmache. Sie ließen sich nicht herabsetzen. Die Höhe der Einnahmen werde aber nicht durch die Gewinnungskosten, sondern durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf den Fischauktionen bestimmt, und die Nachfrage nach Fischen sei so gering, daß nur ein Preis erzielt werden könne, der die Unkosten nicht decke. In der Zeit der Geldentwertung falle zudem erschwerend ins Gewicht, daß die Unkosten vor der Ausfahrt der Dampfer zu verauslagen sind, die Einnahmen immer erst später einlaufen. Das Gewerbe müsse also erliegen, wenn ihm nicht der ausländische Markt eröffnet werde, auf dem wesentlich höhere Preise zu erzielen sind.

Der Antrag wurde von den geladenen Interessenten des Fischereigroßhandels und der Fischdampferreedereien unterstützt. — Der

Vertreter des Reichsarbeitsministeriums

legte dar, daß sich die Ausfuhrbeschränkungen für die Seefischerei auf zwei verschiedenen Gebieten bewegen. Erstens bestehe seit dem 25. September 1922 eine Ausfuhrsperre über die trockene Grenze, von der nur Edelfische ausgenommen sind, die ihrer geringen Menge und ihres hohen Preises wegen keine Rolle für die Volksernährung spielen. Die Sperre hätte den Zweck, die Ernährungsfrage des deutschen Volkes im Winter zu verbessern. Ihre Aufhebung müßte ein Anziehen der Preise zur Folge haben. Zweitens bestehe eine Art Ausladeverbot im Auslande für die mit deutschen Kohlen versorgten Fischdampfer, da ihnen bei Anlandung in fremden Häfen die deutsche Kohle im Verwaltungswege sofort entzogen wird. Diese Maßnahme finde ihren Grund darin, daß die Seefischereien auf Kosten der Reichseisenbahn und anderer Gewerbe deutsche Kohlen zugewiesen erhalten haben, deren Preis erheblich unter dem der englischen Kohlen liegt. Es erscheine daher gerechtfertigt, daß die damit gefangenen Fische der Versorgung Deutschlands und nicht der des Auslandes zugeführt werden. Für Fischdampfer, die mit ausländischen Kohlen versorgt sind, bestehe keine derartige Beschränkung. Die Verhandlungen des Ministeriums in dieser Angelegenheit hätten ergeben, daß die Interessenten des Fischereigewerbes geteilter Meinung seien. Vertreter der Fischerei des Fischgroßhandels und eines Teiles der Fischindustrie seien für, Vertreter eines anderen Teiles der Fischindustrie, des Fischkleinhandels und der Küstenstädte seien gegen die Aufhebung der Beschränkungen, und zwar hauptsächlich gegen die Aufhebung des Auslandeverbots für die Schiffe, die mit deutschen Kohlen versorgt sind.

Nach längerer Debatte nahm der Ausschuß einstimmig den Antrag der Seefischerei an. Er lautet:

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat wolle die Reichsregierung ersuchen, erstens alle zur Zeit für die deutsche Seefischerei bestehenden Ausfuhrverbote mit größtmöglichster Beschleunigung aufzuheben; zweitens die am 1. Dezember 1922 in Kraft getretenen Frachten für die deutschen Seefische und Seefischereiprodukte auf die vor dem 1. Dezember 1922 gültigen Sätze zu ermäßigen und weiterhin einen stärkeren Ausgleich zwischen Stückgut- und Wagenladungsfracht für Seefische und Seefischereiprodukte vorzunehmen.

---

muß man derartige Absplitterungsbestrebungen viel ernster betrachten als etwa die hannoverschen Abstimmungswünsche, da einerseits in Ostpreußen sicherlich leicht eine Mehrheit für die Autonomie zu finden ist und andererseits die Begrenzung des „Reichslandes" sich aus der geographischen Lage ergeben würde.

Man mag den Unwillen der Ostpreußen gegen die dort betriebene landfremde Mißwirtschaft sehr wohl verstehen, zumal berechtigte Sonderwünsche der Provinz zwar immer von der Staatsverwaltung als berechtigt anerkannt, aber selten erfüllt wurden. Trotzdem sollten gerade die Rechtsparteien in Ostpreußen soviel Zusammenhalt haben, um das Verhängnisvolle einer Abzweigung der Provinz von Preußen und damit auch teilweise vom Reich in toller Schwere zu empfinden. Gerade die Inselstande werden sowohl von Lettland wie auch von Litauen und von Polen sehr begehrlich angesehen. Derartige Bestrebungen müssen als außerordentlich ernst erscheinen, wenn auch von den Separatisten erklärt wird, sie wären durchaus reichstreu. Gegen die Macht äußerer Faktoren werden sie im Ernstfalle doch nicht aufkommen können. Von der preußischen Regierung muß allerdings gefordert werden, daß sie nunmehr mit aller Beschleunigung die richtigen Maßnahmen ergreift, um solchen Bestrebungen das Wasser abzugraben, wie es mit Erfolg in Oberschlesien geschehen ist. Dazu gehört freilich vor allen Dingen, daß Severing sich dazu herbeiläßt, seine Parteipolitik in diesem gefährdeten Grenzlande nicht in einer solchen Weise sich auswirken zu lassen, wie wir es leider bemerken mußten. So wirkt er allerdings wie der Elefant im Porzellanladen. Allerdings hat die Königsberger Stadtverordnetenversammlung einen deutsch-demokratischen Antrag in diesen Tagen angenommen, der die Loslösungsbestrebungen verwirft und die Staats- und Reichsregierung zur Bekämpfung auffordert. Die Königsberger Stadtverordnetenversammlung ist aber mit ihrer demokratischen Zusammensetzung nicht das ostpreußische Land. Diesem Beschlusse ist nur akademischen Wert beizumessen.

Personalveränderungen im Auswärtigen Amt.

Als Nachfolger des Staatssekretärs von Maltzahn in der Leitung der Ostabteilung dürfte der ehemalige Gesandte in Helsingfors, Dr. Wallroth, in Frage kommen.

Als künftiger deutscher Gesandter in Riga wird der bisherige Reichsminister Dr. Köster genannt

Personalabbau bei der Reichspost.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind im Reichspostministerium in letzter Zeit die notwendigen Vorkehrungen getroffen worden, um die Betriebe und das Personal einzuschränken, energisch und schnell in absehbarer Zeit durchzuführen. Am 18. und 19. d. M. fand im Reichspostministerium mit den Postreferenten sämtlicher Oberpostdirektionen eine Besprechung statt, in der Richtlinien für einen einheitlichen Abbau des Personals in allen Bezirken von der Reichspostverwaltung ausgegeben wurden.

Die Französierung des Saargebietes.

Eine Gruppe von französischen Abgeordneten hat in der Pariser Kammer eine Entschließung eingebracht, in der die Regierung eingeladen wird, beim Senat auf die Ratifizierung des Kammerbeschlusses vom 17. Juli 1921 zu drängen, der die Errichtung eines Amtes der Domänen und der Bergwerke im Saargebiet vorsieht. Durch die Schaffung dieses Amtes soll bekanntlich der französische Staat in die Lage versetzt werden, die ihm durch den Versailler Friedensvertrag zustehenden Rechte im Saargebiet auszuüben.

Die Faszistenherrschaft in Turin.

Die Schreckensherrschaft der Faszisten in Turin dauert an. Die Gesamtzahl der kommunistischen und faszistischen Opfer hat sich auf 10 Tote erhöht. Außer der Arbeitskammer haben die Faszisten in Turin auch den neuen Sitz des kommunistischen Organs „Ordine Nuova" sowie mehrere kommunistische Klubs und ein Erholungsheim der Eisenbahner in Brand gesteckt. Ueber 20 Verletzte mußten ins Krankenhaus überführt werden. Die Hausstuchungen der Faszisten bei ihren Parteigegnern dauern an. Unterstaatssekretär de Vecht soll den Faszisten in Turin telegraphisch seine Sol darität ausgedrückt haben. Der Präfekt von Turin wurde nach Rom zum Innenminister berufen.

Beginn des Warschauer Mordprozesses.

Aus Warschau meldet man: Der Prozeß gegen den Mörder des Präsidenten Narutowicz beginnt am 29. Dezember vor einem ordentlichen Tribunal.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 21. Dez. Der Arbeiter Trogand fand gestern abend seine verheiratete Tochter, Frau Hertel, in ihrer Wohnung Wrangelstraße im südöstlichen Berlin an Händen und Füßen gefesselt, mit einem Taschentuche als Knebel im Munde, tot unterm Bett erstickt vor. Zwischen dem Mörder und dem Opfer fand anscheinend ein Kampf statt. Der Täter ist vermutlich ein junger Mann, der abends aus der Wohnung Trogands kam und dort einen Stock zurückließ.

Berlin, 21. Dez. In der Wohnung seiner Braut in Wilmersdorf wurde der Oberkellner Koethe aus Schöneberg in der Badewanne ertrunken aufgefunden.

Halle, 21. Dez. Der weit bekannte Stadtsingechor in Halle, jene Schillergemeinschaft der Franckeschen Stiftungen, die schon der Gründer der Anstalt, August Hermann Francke, ins Leben rief, will sich im nächsten Jahre, um Mittel zu gewinnen, auf eine Auslandsreise nach Norwegen zu Konzerten begeben.

Halle, 21. Dez. Durch das Hochwasser der Halma, die aus den Harzflüssen starken Zustrom erhält, ist die Goldene Aue in der Gegend von Oberröblingen bis Brücken und Bennungen sowie zwischen Heringen und Görsbach meilenweit überschwemmt. Die Bestellung der Aecker wurde für Hunderte von Morgen unmöglich gemacht.

Christiania, 21. Dez. Die Universität begeht am nächsten Sonntag die Jahrhundertfeier für Pasteur durch einen Festakt.

London, 21. Dez. Aus ganz Süd-England und den mittleren Grafschaften wird heftiges Sturmwetter mit Schneefall gemeldet. Auch im Kanal herrscht schwerer Sturm.

Aetzende Säure statt Morphium.

D. **Berlin**, 21. Dez. Wie erinnerlich, hatte Ingenieur Franz am letzten Tage der Verhandlung gegen ihn einen schweren Unfall dadurch erlitten, daß ihm im Garnisonlazarett statt Morphium eine ätzende Säure eingespritzt wurde, sodaß eine schwere Entzündung des Oberarmes eingetreten war. Sofort nach seiner Freisprechung hatte ihn noch spät abends Medizinalrat Störmer nach der Klinik von Professor Landois gebracht, wo er sechs Wochen bleiben sollte. Franz hatte aber schon nach drei Tagen die Klinik verlassen, er ist von Professor Landois operiert worden, kann aber vorläufig nicht seiner Beschäftigung nachgehen. Nunmehr hat Franz R.-A. Bahn beauftragt, gegen den Fiskus Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Die beiden Transporteure, die seinerzeit Franz hatten entweichen lassen und vor einigen Tagen zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, haben durch R.-A. Bahn Revision eingelegt.

Das Urteil im Mordprozeß Karusseit.

Nach mancherlei unerwarteten Zwischenfällen und Hemmnissen ist am Mittwoch abend, wie gestern bereits kurz berichtet wurde, der wechselreiche Mordprozeß Karusseit zu Ende geführt worden. Nach den Bekundungen, die in der vorletzten Sitzung der Zeuge Richard Meißner über die angebliche photographische Aufnahme des nächtlichen Tribunals in Dorsten gemacht hat, herrschte lebhafte Spannung und Erwartung im Gerichtssaal. In der Wohnung des Zeugen Meißner in Steele, Bredeneyerstraße 20 wurde aber weder eine photographische Aufnahme des nächtlichen Tribunals noch ein Protokoll über die Gerichtssitzung und über die Erschießung des Reichswehrsoldaten gefunden. Hierauf wird der Zeuge Meißner zur nochmaligen Vernehmung vorgeführt. Vors.: Sie haben behauptet, daß sich bei den Akten in ihrer Wohnung ein Schreiben der Emma Rogalla, sowie die fraglichen Protokolle und das Bild befinden sollen. Die Sachen sind aber nicht gefunden worden. Zeuge: Am 8. August bin ich flüchtig geworden. An diesem Tage waren sie noch bei den Schriftstücken. Die Partei hat ein lebhaftes Interesse daran, daß die Sachen verschwinden. Ich nehme an, daß sie von dieser interessierten Seite bei Seite geschafft worden sind. Ich selbst habe sie vor meiner Flucht zu den Schriftstücken gelegt. Das Protokoll über die Gerichtssitzung hat Karusseit als Erster unterschrieben. Sein Name stand unten links unter dem Schriftstück. Rechts daneben standen die Namen von 4 Kompagnieführern. Vors.: Welchen Inhalt hatte das Protokoll? Zeuge: Es lautete: Der Reichswehrsoldat ist der Spionage schuldig befunden und wird zum Tode verurteilt. Hierauf wird der Bergmann Karl Wohlgemuth aus Marl vernommen. Er hatte am Morgen nach dem Mord eine Unterredung mit Karusseit. Der Angeklagte sagte zu ihm: Ich habe soeben einen der Bourgeois erledigt. Ich komme von Dorsten, wo wir ihn abgeknipst haben. Vors.: Angekl.: Was haben Sie zu diesen Bekundungen zu erwidern? Angekl.: Es ist bodenlose Gemeinheit und Haß, was aus dem Zeugen spricht.

Die nächste Zeugin ist die Ehefrau Hünebeck geb. Emma Rogalla aus Gelsenkirchen. Die Zeugin erklärt, daß sie mit der Roten Armee nichts zu schaffen gehabt hat. Der Vorsitzende stellt fest, daß alle weiteren Nachforschungen nach dieser Richtung keinen Erfolg versprechen. Sehr viele Leute sind damals unter falschem Namen der Roten Armee beigetreten. Der nächste Zeuge ist Elektromonteur Paul Breuner aus Gelsenkirchen. Er erklärt, Karusseit sei die radikalste Persönlichkeit in der revolutionären Bewegung gewesen. Der Revolver habe stets lose in seiner Tasche gesessen. Als eines Tages ein Trupp Rotgardisten an dem Geschäftsgebäude der Gelsenkirchener Zeitung vorbeikam, wurde Karusseit plötzlich von der Launs erfaßt, etwas unternehmen zu müssen. Er ließ Halt machen, rief ein paar Rotgardisten zu sich, begab sich mit ihnen in das Geschäftsgebäude der Gelsenkirchener Zeitung und legte den ganzen Betrieb still. In einem anderen Fall betrat Karusseit unser Bureau in Gelsenkirchen und verlangte die Herausgabe einer größeren Summe Geldes. Als wir seinem Ansinnen nicht ohne weiteres entsprachen, zog er einen Revolver und drohte uns zu erschießen. Ich kenne Karusseit schon sehr lange Zeit und kann behaupten, daß er ein durch und durch verlogener Mensch ist, der mit den unehrlichsten Mitteln gearbeitet hat. Hierauf wird der Strafgefangene Heinrich Trent, genannt Grundel, aus dem Gefängnis in Kassel vorgeführt. Er hat Karusseit im Gefängnis zu Essen kennengelernt. Eines Tages hatte sich Karusseit mit ihm in Verbindung gesetzt und ihn gefragt, ob er sein Alibizeuge in dem Mordprozeß sein wolle. Er solle den Fußkranken Rotgardisten spielen, den Karusseit in der Mordnacht auf seiner angeblichen Fahrt von Marl nach Gelsenkirchen aufgeladen haben will. Der Angeklagte habe ihm dann auf einer ganzen Anzahl Papierstreifen (die bekannten Kassiber) alles ganz genau angegeben, was er bei seiner Vernehmung vor Gericht aussagen solle. Früh morgens bei einem Spaziergang im Gefängnishof habe der Angeklagte ihm die Kassiber zugesteckt. Der Zeuge hat dann aber mit der Sache nichts zu tun haben wollen und die Kassiber an die Gefängnisverwaltung abgeliefert. Vors.: Also das war alles nicht wahr, was auf den Zetteln stand. Zeuge: Alles war erfunden. Ich habe Karusseit vorher überhaupt nicht gekannt.

Der letzte Zeuge ist der Bergmann Basil Schulz, der aus der Haft vorgeführt wird. Er gibt an, daß er Karusseit garnicht kenne. Im Laufe seiner Vernehmung aber spielt er genau dieselbe Rolle, die Karusseit dem Vorzeugen zugemutet hatte, und erzählt alles das, was in den Kassibern gestanden hat. Die Aussage erregt allgemeines Kopfschütteln. Die Geschworenen legen auf die weitere Vernehmung dieses Zeugen keinen Wert mehr und verzichten überhaupt auf jede weitere Beweisaufnahme.

Der Gerichtsvorsitzende legt den Geschworenen nunmehr 9 Schuldfragen vor. Sie lauten auf Mord, Anstiftung zum Mord, Totschlag, Anstiftung zum Totschlag, Beihilfe zum Mord und Beihilfe zum Totschlag, nebst den Fragen nach mildernden Umständen bei den entsprechenden Schuldfragen. Nach der Mittagspause erhalten im Laufe des Nachmittags Staatsanwalt und Verteidiger das Wort. Der Staatsanwalt beantragt die Schuldfrage zu 3 nach Anstiftung zum Mord zu bejahen. Am Abend ziehen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Die Beratung dauert kaum dreiviertel Stunde. Die Geschworenen bejahen dem Antrage des Staatsanwalts folgend, die Schuldfrage nach Anstiftung zum Mord. Auf Grund dieses Spruches, den der Obmann Gewerkschaftssekretär Graf verkündet hat beantragt der Staatsanwalt die für das Verbrechen der Anstiftung zum Mord gesetzlich vorgeschriebene Todesstrafe. Der Verteidiger verzichtet auf das Wort. Darauf verkündet der Gerichtsvorsitzende das Urteil dahin: Der Angeklagte wird zum Tode und zu dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Angeklagte nahm das Urteil ohne sichtliche Erregung auf und ließ sich ruhig abführen.

Sitzung des Kreistages Bochum.

Eingemeindungsdebatte.

Gestern nachmittag fand unter Vorsitz des kom. Landrats Stühmeyer eine Sitzung des Kreistages statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß anstelle des ausgeschiedenen Gewerkschaftssekretärs Peters der Kaufmann Jos. Schmidt in den Kreistag eintrete.

Die Tagesordnung, die nur fünf Punkte umfaßte, wurde wie folgt erledigt:

1. Abänderungen der Kreissteuerordnung.

Der Kreisausschuß macht dazu folgenden Vorschlag: Die Kreisschankerlaubnissteuerordnung sieht zur Zeit Steuersätze vor, die das Dreifache der ursprünglichen Steuersätze betragen. Nach einem Erlaß des Ministers des Innern ist es gestattet, das Vierfache der ursprünglichen Steuersätze als Höchstsätze zu erheben. In Anbetracht der fortgeschrittenen Geldentwertung schlägt der Kreisausschuß vor, nunmehr das Vierfache der in der ursprünglichen Steuerordnung aufgeführten Steuersätze zu erheben.

Der Vorsitzende schlägt ergänzend vor, die Erhöhung der Sätze auf das Sechsfache zu beschließen und, für den Fall, daß die Genehmigung dazu nicht erteilt werde, den Vorschlag des Kreisausschusses gelten zu lassen.

Der Kreistag ist damit einverstanden.

Des weiteren schlägt der Kreisausschuß vor, einige Bedingungen, die seitens der Aufsichtsbehörden an die Genehmigung der Kreiswertzuwachssteuerordnung geknüpft worden sind, und die einige Aenderungen der Steuerordnung erforderlich machen, anzunehmen.

Der Kreistag beschließt dem Vorschlage entsprechend.

2. Die Neufestsetzung der Reisekosten und Tagegelder der Kreistags- und Kreisausschußmitglieder wird nach der Reisekostenordnung beschlossen.

3. Verkauf des Kreisanteils der Straßenbahn Bochum—Herne.

Der Vorsitzende teilt dazu mit, daß seit der letzten Kreistagssitzung, die beschlossen hatte, den Kreisanteil zu entäußern, die Gemeinde Riemke nochmals den Antrag gestellt habe, ihr den Anteil abzutreten. In einer Sitzung der Konsortialen sei keine Einigung darüber erzielt worden. Die Stadt Bochum erhebe Anspruch darauf, da, die Bahn über ihren Rücken gehe, Herne sei dagegen, daß Riemke den Anteil erhalte, Herne und die Provinz seien aber auch nicht dafür, daß Bochum ihn erhalte. Dem Landkreis könne es an sich gleichgültig sein, wer den Anteil erhalte, denn mit dem Ausscheiden Riemkes aus dem Kreisverbande falle für den Kreis das Interesse an der Bahn weg. Der Kreisausschuß habe in einer seiner letzten Sitzungen den Betrag für den Anteil des Kreises auf mindestens 3 Millionen Mark festgesetzt. Die Forderung sei mäßig, da der Schrottpreis des ½ der Bahn heute etwa 23—24 Millionen Mark betrage. Die Konsortialen haben in einer Sitzung am 19. Dez. den Vorschlag des Kreises noch nicht angenommen. Bochum sei noch an sein früheres

Am Sonntag, den 24. Dezember sind die Geschäfte bis 6 Uhr abends geöffnet.

Unsere Weihnachtsnummer,

die am Samstag früh erscheint und somit diesmal an vier Tagen ausliegt, eignet sich ganz hervorragend für jede Ankündigung.

Wir bitten, größere Anzeigen für diese Ausgabe uns möglichst bis heute mittag zukommen zu lassen. Kleine Anzeigen können noch bis abends 7 Uhr aufgegeben werden.

Die Geschäftsstelle.

Angebot von 1½ Millionen Mark gebunden. Der Vorschlag des Kreisausschusses geht nun dahin:

Den Kreisausschuß zu beauftragen, nach dem Beschlusse des letzten Kreistages den Anteil zu veräußern; an wen, soll dem Kreisausschuß überlassen bleiben. Aber es soll an der Mindestforderung von 3 Millionen Mark festgehalten werden.

Nach kurzer Aussprache, die sich im wesentlichen um die Erhöhung der Anteilsumme dreht, wird der Vorschlag des Kreisausschusses einstimmig angenommen.

Eingemeindungsdebatte.

Der vierte Punkt der Tagesordnung sah Eingemeindungsfragen vor.

Kreistagsabg. König-Weitmar erblickte in den veränderten Verhältnissen, die durch die Geldentwertung geschaffen worden sind, einen Grund, um die sog. Valuta-Anleihe der Stadt Bochum nochmals aufmarschieren zu lassen und es für bedenklich zu erklären, vor Klärung dieser Angelegenheit Eingemeindungen nach Bochum vorzunehmen. Er beantragte, den Beschluß des alten Kreistages vom 6. Febr. 1921, der die Eingemeindung der Gemeinden Hordel, Riemke und Weitmar nach Bochum gutheißt, dahin zu ergänzen, daß die eingemeindungsreifen Gemeinden ohnehren Willen nicht gezwungen werden könnten, sich nach Bochum eingemeinden zu lassen.

Dieser Antrag löste eine ins Uferlose gehende Debatte aus, die um den Kern der Sache herumging, weil der Abg. König durch den Abg. Hufendiek-Riemke, der sich, einem Beschlusse der Gemeinden Hordel, Bergen und Riemke zufolge, die Eingemeindung nach Bochum trotz der Schweizer Anleihe vorzunehmen, für die Eingemeindung und gegen den Antrag König aussprach, eigentlich um die Wirkung seines Antrages betrogen sah.

Abg. Hufendiek erklärte, daß er nicht einsehen könne, daß gegenüber dem Vorjahre große Aenderungen wesentlicher Art eingetreten seien. Die Schweizer Anleihe habe auch früher schon bestanden. Gerade das Bestehen der Anleihe zwinge dazu, sich eingemeinden zu lassen. Denn eine Stadt, wie Bochum, mit der Riemke wirtschaftlich und kulturell unbedingt verwachsen sei, könne erst recht nicht mehr bestehen, wenn sie im Stiche gelassen werde. Gehe sie aber zugrunde, so leide die wirtschaftlich mit ihr verwachsene Umgebung mit. Im übrigen gab der Abgeordnete zu der Eingemeindungsfrage folgende schriftliche Erklärung ab:

Die politischen Parteien der Gemeinden Hordel, Riemke und Bergen, vertreten durch die unterzeichneten Kreistagsabgeordneten, erklären zur Eingemeindung:

Aus verkehrspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen schließen sich die Gemeinden Hordel, Riemke und Bergen mit der Stadt Bochum zu einer Gemeinde zusammen. Der lebhaften Auswärtsentwicklung und der starken Bevölkerungszunahme hat der Bau von Verkehrsstraßen und Verkehrsverbindungen, die Anlage von Grün- und Erholungsstätten, das Schul- und Bildungswesen nicht folgen können.

Die Schaffung einer direkten Straßenbahnverbindung Bochum—Hordel, der Ausbau der Riemke durchlaufenden Hernerstraße, der Zillertalgrünflächenplan Bergen—Riemke u. a. sind Pläne, die über die Grenzen und Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden hinausgehen. Die Lösung dieser Aufgaben kann nicht mit dem weit verstreutliegenden, bestinteressierten Kommunalverband Bochum-Land, sondern nur durch den Anschluß an Bochum-Stadt gefunden werden. Die drei Gemeinden haben die Verständigung in einer Reihe von Fragen mit der Stadt Bochum gefunden, der Landkreis kann diese Fragen nicht lösen, die Eingemeindung nach Bochum ist reif.

Aber auch vom Gesichtspunkte unserer engeren Umgegend kann es uns nicht gleichgültig sein, welche Entwicklung unser Stadtgebilde zwischen Groß-Essen und Groß-Dortmund einnimmt.

Die Landgemeinden von Bochum sind letzten Endes mit benachteiligt, wenn aus kleinlichen Bedenken heraus die Schaffung eines Groß-Bochum verzögert wird. Die Entwicklung von Stadt und Landgemeinden Bochums drängt zum Zusammenschluß. Es ist nicht verständlich, daß da etwa das Bestehen einer Bochum-Schweizer-Franken-Anleihe ein Verzögerungsgrund sein soll. Wir sind mit Bochum auf fast allen Gebieten so eng verwachsen, daß ein Stillstand und Kulturrückgang dasselbe für die Gemeinden der Umgegend bedeuten würde.

Alles dieses spricht für einen Zusammenschluß; die Gemeinden des Amtes Hordel haben danach gehandelt und in den Körperschaften den einstimmigen Eingemeindungsbeschluß nach Bochum gefaßt.

gez.: Hufendiek, Wildförster, Breitenbach, Becker, Balke.

Die Abg. aus Langendreer, Mahrburger, Bidow, Dir. Eckwald sowie Becker-Riemke traten gleichfalls dem Antrage König entgegen. Die Sprecher Langendreers aus dem Grunde, weil sie mit einem Stadtprojekt Langendreer-Werne liebäugeln und sich an keinen Beschluß binden wollen, der ihnen bei Ausführung ihres Projektes, das natürlich nur auf Kosten des Kreises durchführbar ist, hinderlich sein könnte.

Direktor Eckwald beantragt namens seiner Fraktion (D.-N.), die Beschlußfassung über die Eingemeindung auszusetzen. Der Kreisausschuß drängte aber darauf, einen Ergänzungsbeschluß herbeizuführen, da durch den Beschluß Bergens, nach Bochum zu gehen, ohnehin der Kreistagsbeschluß vom 6. Febr. 1921, der Bergen von der Eingemeindung ausschloß, durchbrochen sei.

Der Antrag Eckwald auf Vertagung wurde abgelehnt, dafür der Antrag König in der Form angenommen, daß der Kreistag an seinem Beschluß vom 6. Februar 1921 grundsätzlich festhält, sich nachträglich mit der Eingemeindung Bergens nach Bochum einverstanden erklärt, aber ausdrücklich erklärt, daß mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse, besonders aber die Schweizer-Anleihe der Stadt Bochum, eine Zwangseingemeindung der zur Eingemeindung freigelassenen Gemeinden nicht erfolgen darf, sondern daß es dem freien Willen der Gemeinden überlassen bleiben müsse, ob sie eingemeindet werden wollen oder nicht.

Gegen diesen Antrag stimmten acht Abgeordnete. Er ändert insofern nichts an dem alten Verhältnis, als auch bislang die Zustimmung der Gemeinden zur Eingemeindung Voraussetzung für die Verhandlungen überhaupt war. Herrn Königs Antrag bezweckte scheinbar nur, wieder einmal gegen die Stadt Bochum Sturm zu laufen. Der Beschluß der Gemeinden Riemke, Hordel und Bergen, sich doch eingemeinden zu lassen, beweist am besten, daß die Sturmritte des ehemaligen Gemeindekönigs von Weitmar nicht verfangen. Herr König wird auch noch mal anderer Meinung werden. Abwarten!

Mit der Eingemeindungsangelegenheit war die eigentliche Tagesordnung des Kreistages erschöpft. Einige unwesentliche Punkte wurden unter Verschiedenes ohne viel Aufwand erledigt.

Lokales.

Bochum, 22. Dez.

§ **Große Güterdiebstähle auf dem Hauptbahnhof.** In der Zeit von Dezember 1921 bis Juli 1922 wurden im Güterboden des Hauptbahnhofes fortgesetzt erhebliche Mengen Stückgüter gestohlen. Durch anonyme Briefe gelangten die Diebstähle zur Kenntnis der Eisenbahnverwaltung und der Kriminalpolizei. Ganze Warenlager wurden noch bei den Dieben und Hehlern vorgefunden, darunter allein 60 000 Zigarren und eine Schlafzimmereinrichtung. Die Strafkammer hatte sich nunmehr mit der Sache zu befassen. Angeklagt des fortgesetzten Diebstahls waren die Güterbodenarbeiter Emil Franz, Fuhrmann Karl Borchert von hier, der Kaufmann August Schäfers, Fuhrmann Anton Borchert, Güterbodenarbeiter Friedrich Schacknies, Ehefrau Karl Borchert und Ehefrau Anton Borchert, sämtlich von hier. Franz arbeitete im Eilgutschuppen des Bahnhofes. Karl Borchert, im Fuhrgeschäft seines Bruders angestellt, hatte hier mehrere Firmen ständig Stückgüter von der Bahn abzufahren. So wurde er mit Franz bekannt, der ihm eines Tages die im Schuppen stehende Schlafzimmereinrichtung, 1 Vertikow und einen Schreibtisch zum Kaufe anbot. Borchert zahlte Franz 1400 Mk., die Eisenbahnverwaltung mußte für diese verloren gegangenen Möbelstücke 6000 Mk. zahlen. Die Möbel wurden in der Wohnung des B. beschlagnahmt. Vom Dezember 1921 ab fuhr Karl Borchert fortgesetzt gestohlene Stückgüter ab, die vorerst in das Lager des Anton Borchert in der Rottstraße kamen. Hier erschien des Abends Franz, hin und wieder in Begleitung des Angeklagten Schacknies. Die Kisten wurden geöffnet und der Inhalt unter die drei geteilt. Zigarren und Zigaretten wurden durch Karl B. verkauft und der hierdurch erzielte Erlös verteilt. Franz will von ihm mindestens ca. 10 000 Mk. erhalten haben. Die Eisenbahnverwaltung schätzt ihren Schaden auf mehrere Hunderttausend Mark. Bei Anton Borchert wurden beschlagnahmt 74 Pakete Zigaretten à 500 Stück, 61 Pakete Zigarren, 500 Eier, Punsch, Wein, Stoffe, Herren- und Damensättel, bei Karl B. die Zimmereinrichtung, 2 Sack Zucker, ein Faß Oel, Spirituosen usw. Die Anklagebehörde ist der Meinung, daß Franz weit mehr Abnehmer der in Massen gestohlenen Stückgüter hatte, als er angiebt. (Ueber den Umfang der Diebstähle erklärte der Gerichtsvorsitzende Landgerichtsdirektor Schulte: Im Güterboden der Eisenbahn verschwanden die Güter wie Schnee vor der Sonne. Fässer wurden angebohrt und mittels Schläuchen ihres Inhaltes beraubt.) Einige Stückgüter veräußerte er an den Angeklagten Schäfers, der ihm noch 14 000 Mk. schulde. Franz gehörte dem Betriebsrat der Eisenbahn an. Vierzehn Tage vor der Aufdeckung der Sache erklärte er dem Vorsteher, als dieser von den Diebstählen sprach, er werde Sorge tragen, daß er von seinem Posten komme, denn er sei reaktionär. Schacknies erhielt gleichfalls von Franz gestohlene Stückgüter. Es verschwanden so ganze Kisten Eier, ganze Ballen Stoffe, Butter, ganze Fässer Oel, Spirituosen und Wein. Wie Kriminalkommissar Gaertner in der Verhandlung sich äußerte, hat er in seiner ganzen Dienstzeit noch nie eine solch ungeheure Menge Diebesgut gesehen, wie hier beschlagnahmt worden ist. Beide Borcherts gaben größere Mengen der gestohlenen Stückgüter ihrer Mutter. Die Verteidigung erklärte, das Treiben der Angeklagten sei durch eine mangelhafte Aufsicht im Güterboden begünstigt worden. Das Gericht sprach die Ehefrau Anton Borchert wegen Mangels an Beweisen frei. Franz wurde zu 2 Jahren Gefängnis, Karl Borchert zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Anton Borchert zu 1 Jahr Gefängnis, Schäfers zu 1 Jahr Gefängnis, Schacknies zu 8 Monaten und Ehefrau Borchert zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende, das öffentliche Interesse erheische eine strenge Bestrafung. Der Ehefrau Borchert und Schacknies wurden Strafaussetzung zugebilligt. Als Geldbuße hat der Letztere 15 000 Mk. und die B. 3000 Mk. zu zahlen.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Poincares Gelüste nach Deutschlands Gruben und Wäldern.

TU. **Paris**, 22. Dez. Der Senat hat gestern nachmittag eine Sitzung abgehalten, in der die Politik Frankreichs zur Sprache kam. Als erster Redner nahm Senator Jach das Wort, um eine Interpellation einzuführen. Er sprach über die Frage der Wiedergutmachung: Deutschland hat uns so gut wie nichts gezahlt (?!), und die alliierten Regierungen haben Deutschland gegenüber weder Energie noch eine brauchbare Methode an den Tag gelegt. Es ist überflüssig, das Ruhrgebiet zu besetzen; es genügt, Deutschland daran zu verhindern, ohne Erlaubnis der Alliierten Waren auszuführen. Besser ist es, daß Unruhen in Deutschland eintreten als in Frankreich. In jedem Fall liegt darin das einzige Mittel, Deutschland zur Nachgiebigkeit zu zwingen und damit unsere finanzielle Lage zu bessern. Unsere Mitbürger haben mit überwiegender Mehrheit Vertrauen zu Poincare; dieser wird das Vertrauen hoffentlich zu rechtfertigen wissen.

Poincare, der darauf das Wort nahm, sagte: Seit langen Monaten erfüllt Deutschland seine Verpflichtungen nicht. Der Zahlungsplan, der von der Reparationskommission im Verlauf der Londoner Konferenz errichtet wurde, ist zu einem toten Buchstaben geworden. Die Naturallieferungen, namentlich die Holzlieferungen, gehen nicht vonstatten. Die Reparationskommission wird in diesem Punkte die Versäumnisse Deutschlands festzustellen haben. Derselbe schlechte Wille herrscht in der Frage der großen Arbeiten, die von unserem Ministerium für öffentliche Arbeiten vorgeschlagen wurden, und die Deutschland eine Gelegenheit, seinen guten Willen zu zeigen, hätten bieten können.

Poincare fuhr fort: Aus schlechtem Willen entzieht sich Deutschland seinen Verpflichtungen. Die Vergangenheit gibt uns keine Sicherheit für die Zukunft. **Wir können Deutschland nicht ohne Ueberwachung und Kontrolle lassen. Wir würden damit Geduld haben, aber wir können es nicht, weil das kommende Jahr für den Wiederaufbau unserer zerstörten Gebiete entscheidend ist, und weil wir 100 Millionen für Rechnung Deutschlands vorgestreckt haben, und weil es unbedingt notwendig ist, Deckung für unsere Finanzen zu finden. Deutschland hat einen Domänenbesitz an Gruben und Wäldern, der nach dem Versailler Vertrag ein Pfand für die Alliierten bildet. Schließlich geben es noch Zolleinnahmen, die allerdings nicht sehr viel versprechen, aber doch nicht zu verachten sind.**

Poincare fand für seine Ausführungen lebhaften Beifall beim Senat. Er beantragte die Annahme einer einfachen Tagesordnung. Der Senat nahm diese an.

Die Entschuldigungsnote.

TU. **Berlin**, 22. Dez. Zur Note der Botschafterkonferenz betr. Passau und Ingolstadt (siehe die Meldung auf Seite 1 d. Bl.) wird amtlich erklärt: Der Wortlaut der deutschen Note ist seinerzeit im Namen der Reichsregierung in der Presse verbreitet worden. Die Forderung der Botschafterkonferenz auf amtliche Veröffentlichung des Wortlautes ist also erfüllt. Die von der Konferenz geäußerten Zweifel, ob die Entschuldigung auch für Bayern und die Lokalbehörden der Städte gelte, erledigen sich durch Artikel 71 Abs. 1 der Reichsverfassung, auf welchen sich die Ausführungen der Note vom 10. Dezember stützen. Die Reichsregierung hat ihre Entschuldigung in Ausübung der Vertretungsbefugnis ausgesprochen, die ihr bei Wahrnehmung der auswärtigen Angelegenheiten für alle Teile des Reichs zusteht, sodaß für eine besondere Entschuldigung von bayerischer Seite kein Raum bleibt; die von der Reichsregierung ausgesprochene Entschuldigung gilt auch für Bayern.

Der Reichswirtschaftsrat über die Notlage der Presse.

W. **Berlin**, 21. Dez. Dem wirtschaftspolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats lag die Novelle zum Gesetze gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 21. 7. vor, welche eine Erhöhung der Abgabe von Holzverkäufen der zur Gewinnung des Ersatzes von forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken von ½ auf 1½ Prozent vorsieht. Der Satz der Regierung von 1½ Prozent wurde angenommen.

Als neuer Satz zu § 4 des Gesetzes wurde folgender Antrag Bernhard mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen: Die Rückvergütungskasse hat bis zu 5 Prozent der ihr zugehenden Beträge abzuzweigen und sie den in Betracht kommenden Verbänden zur Unterstützung der durch die Not der Presse stellenlos gewordenen Arbeiter, Angestellten und Redakteure zur Verfügung zu stellen.

Diese Gelder sollen insbesondere auch zur Erleichterung der Ueberführung stellenlos gewordener Redakteure in andere Berufe verwendet werden. Die näheren Bestimmungen erlassen die zuständigen Minister nach Vereinbarung mit den Verbänden der Verleger, Redakteure, Angestellten und Arbeiter.

Ferner lag zur Begutachtung der Entwurf einer zweiten Verordnung zur Ausführung des Gesetzes gegen die Notlage der Presse vor. Der Entwurf bestimmt als Wesentliches in dem neuen Paragraph 16a, daß die Rückvergütung aberkannt werden kann, wenn a) der geforderte Betrag durch Verschulden des Verlegers zu hoch ist, oder b) der Verleger die ihm nach § 16 obliegenden Pflichten verletzt, oder c) wegen unlauteren Wettbewerbs verurteilt wird, oder d) verbilligtes Druckpapier zu anderen Zwecken verwendet, insbesondere verkauft. Der Antrag Bernhard wurde einstimmig angenommen und dem § 16 unter e) hinzugefügt, wenn der Verleger die beruflichen Verpflichtungen gegen seine Arbeiter, Angestellten und journalistischen Mitarbeiter nicht erfüllt.

Richtlinien für die Preisfeststellung.

w. **Berlin**, 21. Dez. Die tiefgehende Erschütterung der Markwährung, die zu einer das Wirtschaftsleben schädigenden Unsicherheit auf dem Gebiete des Preistreibereirechtes geführt hat, gab dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsjustizministerium Veranlassung, an Hand der Rechtsprechung und der Erfahrungen der Verwaltungspraxis in der letzten Zeit Richtlinien auszuarbeiten.

Diese sollen im Rahmen innerhalb der stark schwankenden Währungsverhältnisse die überhaupt gegebenen Möglichkeiten der Stetigkeit der verwaltungsmäßigen und rechtlichen Entscheidungen über die Preisfeststellung gewährleisten. Im einzelnen werden unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Rechtsprechung und unter der Fortentwickelung früherer, vom Reichswirtschaftsministerium vertretenen Auffassungen Grundsätze über die Feststellung eines angemessenen Preises entwickelt und die stark umstrittenen Begriffe der Marktlage, der Notmarktlage und des Wiederbeschaffungspreises erörtert und eine Normentafel aufgestellt unter Zugrundelegung des vom Statistischen Reichsamt allmonatlich herausgegebenen Index für die Lebenshaltungskosten.

Eine zahlenmäßige Richtlinie, inwieweit im Warenverkehr der zwischen Ein- und Verkauf etwa eingetretenen Geldentwertung Rechnung zu tragen ist, die frühzeitige Heranziehung der Sachverständigen vor der Anklageerhebung wegen Preistreiberei, und in einem möglichst frühzeitigen Abschnitt des Verfahrens wird für notwendig erachtet. Die Sachverständigen sollen tunlichst auf Vorschlag der amtlichen Vertretungen der beteiligten Wirtschaftskreise ernannt und vor schweren Rechtszugriffen, wie Warenbeschlagnahme, Entziehung der Handelserlaubnis gehört werden.

Die Richtlinien betonen ferner die Notwendigkeit eingehender Aufklärung der Bevölkerung über die Preisentwicklung und deren Ursachen. Sie geben Fingerzeige, wie neben ständiger Heranziehung der Tagespresse, insbesondere durch innigere Zusammenarbeit der Preisprüfungsstellen mit der Wucherpolizei und den Verbrauchern, die vielfach in Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge beruhenden Gegensätze zwischen den einzelnen Berufsständen gemildert werden können.

Keine weiteren Kohlenferien.

TU. **Berlin**, 21. Dez. Ein Erlaß des Kultusministeriums an die nachgeordneten Behörden beschäftigt sich mit den an verschiedenen Orten hervorgetretenen Ansichten aus Sparsamkeitsrücksichten den Weihnachtsferien noch Kohlenferien von beträchtlicher Dauer anzufügen. Das Ministerium hat durch Erlaß vom 18. Nov. d. Js. mit Rücksicht auf die Knappheit und Teurung der Brennstoffe eine Verlängerung der Weihnachtsferien um 5 Tage angeordnet, demnach kann, wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, Anträgen auf weitere Verlängerung der Weihnachtsferien nicht entsprochen werden.

Eine Kennzeichnung der sowjet-russischen Räuberpraxis.

w. **Paris**, 21. Dez. Nach einer Havasmeldung aus Newyork hat sich in einem Urteil des Obersten Gerichtshofes der vierte Richter der Vereinigten Staaten, Ford, zugunsten einer Bank ausgesprochen, die erklärte, für Depositen in ihrer Petersburger Filiale nicht verantwortlich zu sein, deren gesamtes Guthaben von den Sowjets beschlagnahmt wurde. Die Bank machte infolgedessen die Sowjets verantwortlich. Wenn dieses Urteil, so heißt es in der Meldung weiter, aufrechterhalten werde, werde es auf ähnliche Forderungen im Gesamtbetrage von 100 Millionen Dollar gegen Newyorker Banken Anwendung finden.

TU. **Mülheim**, 21. Dez. In einer blutigen Auseinandersetzung kam es im Vorort Dümpten zwischen zwei Männern, die eine alleinstehende Frau nach Hause bringen wollten, und dem Hauswirt, da sie von ihm Eintritt in das Haus verlangten. Der Hausbesitzer griff in der Notwehr zu seiner Pistole und schoß einen der rohen Burschen nieder. Dieser, der Fabrikarbeiter Heinz Hauke, erhielt einen Schuß durch die Lunge und starb bald darauf.

w. **Düsseldorf**, 21. Dez. Seit Samstag voriger Woche verhandelte das Düsseldorfer Schwurgericht gegen den Kaufmann Vogt, der am 2. Dezember 1921 seine drei Kinder getötet hatte. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf vorsätzliche Tötung der drei Kinder. Die Tat sei jedoch nicht mit Ueberlegung ausgeführt. Daraufhin verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 10 Jahren Zuchthaus.

D. **Berlin**, 21. Dez. Für die Zeit vom 27. 12. 1922 bis einschließlich 2. 1. 1923 beträgt das Goldzollaufgeld 186 900 vom Hundert.

w. **Berlin**, 21. Dez. Die Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter haben nochmals Schritte wegen einer nachträglichen Erhöhung der Dezemberlöhne unternommen. Ueber das Ergebnis der neuen Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

w. **Leipzig**, 21. Dez. Der Staatsgerichtshof hat auf Beschwerde des in Oldenburg verhafteten Propheten Häuser den Haftbefehl gegen ihn auf, da ein Fluchtverdacht nicht vorliege.

w. **München**, 21. Dez. Zu den angeblichen Sozialisierungsbestrebungen Koburgs von Bayern und zu dem am 17. 12. im Bezirk Koburg verteilten anonymem Flugblatt, das zur Abtrennung von Bayern und zum Anschluß an Thüringen aufforderte, erklärte die „Münchener Post“, der Landesausschuß der sozialdemokratischen Partei Bayerns halte es für notwendig, festzustellen, daß die sozialdemokratische Partei an dieser Aktion in keiner Weise beteiligt ist.

w. **London**, 21. Dez. Wie aus Dublin gemeldet wird, ist der Schnellzug Belfast—Dublin vergangene Nacht von Bewaffneten angehalten und in Brand gesteckt worden. Ein aus Dublin kommender Güterzug stieß mit dem brennenden Zug zusammen. Nördlich von Denhel wurde ein weiterer Güterzug zum Entgleisen gebracht.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner; für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel, Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Joffen, für „Feierstunden“ und den übrigen Textteil: Julie Schwinck; für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Freitag, den 22. Dezember 1922.

Jugendgruppe Marmelshagen, abends 8 Uhr, bei Höllenbeck, Dorstenerstr., wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Werne, abends 8 Uhr, bei Kranen, wöchentliche Zusammenkunft.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 20.— Mark bei Vorauszahlung; bei Rechnungserteilung 22,— Mark.

Christlicher Verein Junger Männer, Bochum. Am Sonntag, den 24. Dez., abends 8 Uhr, veranstaltet der Verein eine Weihnachtsfeier für alleinstehende junge Männer in seinem Vereinshaus Ottostr. 14. Junge Männer, die an diesem Christabend kein Heim haben oder alleinstehen, werden herzlich zu dieser Feier eingeladen. Der Eintritt ist frei.

STATT BESONDERER ANZEIGE.

DURCH DIE ANKUNFT EINES KRÄFTIGEN GESUNDEN JUNGEN

KLAUS-HENNING

WURDEN HOCHERFREUT

BANKDIREKTOR HEINZ BAECKER
TONY BAECKER — VOGELSANG

BOCHUM, DEN 20. DEZEMBER 1922.
GRAF-ENGELBERTSTR. 2.
z. Zt. LANDES-FRAUENKLINIK BOCHUM.

Die Verlobung ihrer einzigen Tochter Margarete und ihres einzigen Sohnes Franz zeigen an

Knappschaftsobersekretär
Rudolf Sintermann und Frau
Wilhelmine geb. Frese-Eilebrecht.
Brauerei- und Gutsbesitzer
Georg Schlee und Frau
Maria geb. Gerber.

—

GRETE SINTERMANN
FRANZ SCHLEE
Verlobte

Bochum, Bergstr. 6 *Sulzbach i. d. Oberpf. (Bayern)*
Weihnachten 1922.

Statt Karten

Die Verlobung ihrer Kinder Lili und Martin beehren sich anzuzeigen

Jacob Goldstaub und Frau Rosa geb. Gottschalk.
Julius Liebermann und Frau Jenny geb. Rosenberg.

LILI GOLDSTAUB
MARTIN LIEBERMANN
Verlobte.

Bochum, Kaiser-Wilhelmstr. 8. *Düsseldorf, Kaiser-Wilhelmstr. 14.*
Empfang: Montag, den 25. Dezember 1922.

Statt Karten

Die Verlobung unserer Tochter Dorothea mit Herrn Heinrich Gerdsmann beehren wir uns anzuzeigen.

Eisenbahninspektor
L. Schulte-Derne und Frau
Emilie geb. Kärger.
Bochum, Pieperstr. 31.

Dorothea Schulte-Derne
Heinrich Gerdsmann
Verlobte
Bochum *Halden a. d. Lenne*

Weihnachten 1922.

Die Verlobung unserer Tochter Frieda mit dem Bauunternehmer Herrn Adolf Zipp zeigen wir hiermit an.

Kaufmann
Georg Schmidt und Frau
Mathilde geb. Schramm

Frieda Schmidt
Adolf Zipp
Verlobte

Rendsburg — Werne (Kreis Bochum)
Weihnachten 1922.

STATT BESONDERER ANZEIGE.

IHRE HEUTE VOLLZOGENE VERMÄHLUNG GEBEN BEKANNT

CURT KOENIG UND FRAU FRIEDEL
GEB. DEGENER

HARPEN, DEN 22. DEZEMBER 1922.
CASTROPERSTR. 8c.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich des Verlustes meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir hiermit unseren

Innigsten Dank.

Bochum, den 20. Dezember 1922.
Joh. Jacob und Kinder.

Statt Karten.

Für die überaus herzliche Teilnahme, die uns beim Tode meiner lieben Frau und guten Tochter erwiesen wurde, sagen wir auf diesem Wege allen

herzlichen Dank.

Familie Carl Höhn
Familie Fritz Bruch.

Altenbochum, d. 22. Dez. 1922.

Wert der Sachbezüge.

Der Wert der Sachbezüge der versicherten Personen für den Bezirk des Stadtkreises Bochum wird gemäß § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung und § 1 Abs. 3 des Angestelltenversicherungsgesetzes vom 1. Jan. 1923 ab wie folgt festgesetzt:

a) für männliche Personen:	b) für weibliche Personen: einschl. Lehrlinge aller Art
400.— Mk. täglich	360.— Mk. täglich
12 000.— Mk. monatlich	10 800.— Mk. monatlich
144 000.— Mk. jährlich	129 600.— Mk. jährlich.

Als Wert der einzelnen Sachleistungen wird festgesetzt:

		männl.	weibl.
für 1. Frühstück (Morgenkaffee)	(1/10) =	25.— Mk.	22.50 Mk.
für 2. Frühstück	(1/10) =	25.— Mk.	22.50 Mk.
für Mittagessen	(3/8) =	150.— Mk.	135.— Mk.
für Nachmittagskaffee	(1/8) =	50.— Mk.	45.— Mk.
für Abendessen	(2/8) =	100.— Mk.	90.— Mk.
für Wohnung einschl. Licht und Brand	(1/8) =	50.— Mk.	45.— Mk.

Bemerkung: Für verheiratete Personen mit eigenem Hausstand gelten mit Ausnahme der freien Wohnung diese Sätze. Der Wert der freien Wohnung wird für diese Personen von Fall zu Fall festgesetzt.

Bochum, den 14. Dezember 1922.

Das Versicherungsamt des Stadtkreises Bochum.

Amt Hordel

Gemeindesteuer für 1922.

Für das Rechnungsjahr 1922 werden in den Gemeinden Hordel und Riemke an Gemeindesteuern erhoben:

1. Gemeindegrundsteuer:
a) Gemeinde Hordel: 2 v. H. des gemeinen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke auf Grund der Grundsteuerordnung vom 30. Mai 1922;
b) Gemeinde Riemke: 3 v. H. desgl. auf Grund der Steuerordnung vom 16. Juni 1922.
2. Gemeindegewerbesteuer: 600 v. H. der nach § 1—6 der Gewerbesteuerordnung vom 30. Mai 1922 für Hordel bezw. 16. Juni 1922 für Riemke errechneten Steuerbeträge.
3. Betriebssteuer:
a) Gemeinde Hordel: 1200 v. H. der staatlich veranlagten Steuersätze;
b) Gemeinde Riemke: 2000 v. H. der staatlich veranlagten Steuersätze.

Ueber die Veranlagung wird jedem Steuerpflichtigen eine mit dem Steuerzettel verbundene Benachrichtigung zugestellt, die die Grundlagen der Berechnung und die zulässigen Rechtsmittel gegen die Veranlagung angibt. Die Gemeindesteuern sind für drei Vierteljahre des Rechnungsjahres 1922 innerhalb acht Tagen nach Zustellung der Benachrichtigung, für das vierte Vierteljahr bis zum 15. Februar 1923 zu zahlen.

Die für 1922 geleisteten Vorauszahlungen werden auf den fälligen Betrag angerechnet.

Durch evtl. Einsprüche wird die Pflicht zur Zahlung der veranlagten Beträge nicht aufgehalten.

Bochum, den 21. Dezember 1922.

Namens des Gemeindevorstandes Hordel und Riemke:
Der Amtmann: Uickel.

Amt Langendreer

Bekanntmachung

Als Ersatzmann für den ausgeschiedenen Beisitzer der Spruchkammer Langendreer des Gewerbegerichtes des Landkreises Bochum, Gewerkschaftssekretär Wilhelm Geil von Langendreer, tritt nach der Feststellung des Wahlausschusses der Maschinist Albert Pelzer von Werne, Friedrichstraße 42, ein.

Langendreer, den 15. Dezember 1922.

Der Amtmann: Jacobi.

Liebe Eltern!

Erfüllt bitte meinen Weihnachtswunsch und schenkt mir zum Weihnachtsfest eine schöne Hose aus dem

Bochumer Hosenhaus
(A. Kurze) Herner Straße
(Haltestelle Kortländer) Tel. 2185

Alpaka gest., äußerst preiswerte

Silbertaschen

Zigaretten-Etuis
Große Auswahl. Qualitätsware

August Homborg
Bochum / Hochstraße 2

J. & F. Biergans
Bochum, Kortumstr. 20.

Damen-Blusen, Röcke,
Kinder-Bekleidung
Strumpfwaren, Wäsche

Vernickelung

sämtlicher Haushaltungsgegenstände, sowie Aufarbeiten von Kronleuchtern, Messingstangen u. Klavierleuchtern usw. üb nimmt

K. Hüsecken, Ottostr. 44.

Maul- u. Klauenseuche

Unter dem Rindviehbestande des Kostgebäudes des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation, Baarestraße 1 hier ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Als Sperrbezirk gilt das Gehöft des Kostgebäudes des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation Baarestraße 1 hier.

Bochum, 19. Dez. 1922.

Die Stadtpolizeiverwaltung.

Fleischverteilung.

Am Sonnabend, den 23. Dezember 1922 wird auf der Freibank des städt. Schlachthofes für eingetragene Kinder minderwertiges Rindfleisch verkauft.

Es erhalten Fleisch die Nummern:
201—350 morg. 8—9 Uhr.
Das Warenausweisheft ist mitzubringen.

Die Schlachthofdirektion.

Bekanntmachung.

In der Gemeinde Riemke sind mehrere Schirme und 1 Spazierstock gefunden worden. Eigentumsansprüche können auf dem Fundbüro des Amtes Hordel in Bochum, Brückstraße 33 geltend gemacht werden.

Bochum, 21. Dez. 1922

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

In der Gemeinde Hordel, Möhlingbauerstraße ist Geld gefunden worden. Eigentumsansprüche können auf dem Fundbüro des Amtes Hordel in Bochum, Brückstraße 33, geltend gemacht werden.

Bochum, 21. Dez. 1922.

Der Amtmann.

Verein. Stadttheater
Bochum-Duisburg.

Freitag, 22. Dez., 7—11 A. 12.

„Aida"

Für die „Freie Volksbühne" 200 Karten zu ermäßigten Preisen.

Samstag, 23. Dez., 7½—10 Geschl. Vorst. für die Freie Volksbühne

„Prinzessin und Schweinehirt"

Neues
Operetten-Theater
Rottstr. 29. Tel. 531

Heute Freitag
Zum letzten Male
Die Rose von Stambul.
Operette in 3 Akten.

Sonntag, 24. Dez. nachm. 3½ Uhr
Zum letzten Male!
Der Stern von Bethlehem
bei ermäßigt. Preisen

Samstag, 23. Dez., abends 8 Uhr:
Erstaufführung
des größten Operettenschlagers
Mascottchen.
Operette in 3 Akten von Walter Bromme.

Wer Stoff hat,

od. Paletots u. Anzüge s. Lohnarb. a. sämtl. Militärsachen w. gut u. prompt gem. Rud. Heß. Schneiderm., Fräs. Arn. Heß, Magarbrückerstr. 171

Neu aufgenommen:

Grundvolk

Leidmann & Pelzner,
Bochum, Haftpflichtverband
Contor: Hattingerstr. 14 - Fernruf 624 und 3712

Trauringe

massiv Gold,
in allen Feinheiten,
noch sehr — billig —

Beielstein Kortumstr. 18.

---

ff. westfälischer
Pumpernickel!
Friedensqualität
Markenfrei

Westfalia

ganz und geschnitten
Feinbäckerei
Carl Hackert
Inh.: Hugo Hackert
Fernsprecher Nr. 609.
Bochum, Hellwegstr. 4

Felle

jeder Art, wie
Ziegen, Hasen, Kaninchen u. s. w.
kaufen zu höchsten Tagespreisen
Leipziger Fellzentrale
Bauer & Blumenzweig
Hattingerstrasse 75.
Händler erhalten Vorzugspreis. Karte genügt

Haut-, Harn-, Blasenleiden

Rheuma, Gicht, Ischias, Lungen-Tuberkulose, Gallensteine werden mit überraschendem Erfolg behandelt. Operationslose Behandlung von **Frauenleiden** (Verlagerungen, Verwachsungen und Vorfall) nach Methode Dr. med. Thure Brandt, durch meine Assistentin. Sprechstunden von 9—12 und von 2—6 Uhr, außer Samstags.

Naturheilinstitut **Schultheis**, Bochum, Humboldtstr. 54 I

Zu mieten gesucht:

1 möbl. Zimmer

für einen unserer Ingenieure.
Gebr. Eickhoff, Maschinenfabrik, Bochum.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen

Modellschreinermeister

und einen tüchtigen

Betriebselektriker.

Bochumer Eisenhütte — Heintzmann & Dreyer
Blücherstraße 33.

Mehrere tüchtige

Monteure

für Kondensationsanlagen und Rohrleitungen zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften an

Maschinenbau-A.-G. Balcke
Abt. Montage
Bochum, Marienplatz 5.

Zum sofortigen Eintritt eine flotte

Stenotypistin

gesucht, die auch Erfahrung im Rechnungswesen hat. Bewerbungen unter Beifügung von Zeugnisabschriften mit Angabe der Gehaltsansprüche und der Konfession unter Nr. 14886 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Offene Stellen

Städtisches Arbeitsamt Bochum
Trankgasse 7, Eingang E

A. An Arbeitsuchenden sind vorhanden:

Ungelernte Arbeiter aller Art, Schuhmacher, Buffettfräulein, Schneider- Gehilfinnen, Flick- u. Heimarbeiterinnen Kontoristin (Anf.), Tagesarbeiterinnen, Stenotypistin, Verkäuferinnen.

B. Gesucht werden:

Elektriker, Ält. Masch.-Schlosser, Bauschreiner, Halbtagsmädchen, erfahrene Hausangestellte.

C. Für Lehrlinge:

Metzger, Friseure, Landwirtschaft, Klempner, Anstreicher, Kaufmann, Schuhmacher nach ausw., Lehrmädchen für Bäckerei, Kolonialwarengeschäft u. auswärts.

Zum möglichst baldigen Eintritt

1. Gehülfe

für Anwaltschaft und Notariat für selbständige Stellung gesucht.

Justizrat Koechling,
rechtsanwalt und Notar
Bochum, Schillerstr. 24.

Zum Bügeln feiner Herren-Wäsche

im Hause, in regelmäßigen Abständen von drei Wochen, je 1 Tag, wird

perfekte Büglerin

gesucht. Angebote unter Nr. **14998** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Großes Hüttenwerk

sucht für seine Stabeisen-Kommissions-Abteilung einen

tüchtigen, jüngeren Beamten

zum baldigen Eintritt.

Berücksichtigt werden nur solche Bewerber, die entsprechende Posten in großen Unternehmen bekleidet haben und über gute Fachkenntnisse verfügen, sowie mit den einschlägigen Abrechnungsarbeiten vertraut sind.

Ausführliche Angebote mit Lebenslauf, Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften, kürzestem Eintrittstermin unter **Nr. 14918** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Hoher Verdienst

durch schriftl. Heimarbeit. Vertr. etc. Prosp. kt frei. Joh. H. Schultz, Köln 910.

Zuverlässiges, ältere

Mädchen

welches perfekt kochen kann und etwas Hausarbeit übernimmt, auf 1. Januar 1923 gesucht. Zweitmädchen vorhanden. Königsallee 75.

Frau oder Mädchen

zum Säckeflicken gesucht.

Hugo Boß,
Mühle, Weitmar, Oststr. 3

Gesucht zum 1. Jan. ein

Mädchen

für halbe Tage.

Frau Superintendent **Niebuhrein, Altenbochum**

Ein braves ordentliches **Dienstmädchen** sowie ein **Morgenmädchen** zum 1. Januar od. später gesucht.

Heinr. Best, Ottostr. 42.

Haugesuche

Alt-Gold
Alt-Platin
alles Silber
kauft ständig
Langen
Bochum, Humboldtstr. 27

Massiv goldene

Trauringe

eines Fabrikat, äußerst preiswert.

Paul Schrader,
Goldschmiedemeister
ABC- u. Humboldtstraßen-Ecke

Für Alt-Gold, -Silber, -Platin, Brillanten, getragene Uhren

zahle höchste Tagespreise

Fr. Alb. Pfeifer
gen. Bilke,
Hamme, Dorstenerstraße 185

Alt Gold, -Silber,
(kein deutsches Silbergeld)
Brillanten, Alt Platin
kauft ständig
Gust. Arbeiter
Goldschmied.
ABC-Straße 13.

Verkäufe

Federwagen

zu verkaufen.
Wetmar, Marktstr. 18

Uhr-
und Goldschmiede
Reparaturen
Beielstein
Kortumstraße 17.

Neue Küchen
und
Schlafzimmer
noch preiswert zu verkaufen.

Bochum, Alsenstraße 9
Nähe der Wittenerstr.

Möbel

Wilh. Schrudde
Bochum, Roonstr. 37. Nähe der Marienstraße.

Gottesdienst d. Synagoge

Freitag abend 5 Uhr.
Samstag morgen 9¼ Uhr.
Samstag abend 5 Uhr.

Nr. 299. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Freitag, 22. Dez. 1922

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 22. Dez.

Ein polizeiliches Ueberfallkommando.

Vom Dienstag, den 19. Dezember 1922, ab hat die Schutzpolizei ein Ueberfallkommando eingerichtet.

Das Ueberfallkommando hat den Zweck, dem Publikum in allen Fällen dringender Not und Gefahr sofort zur Hilfeleistung zur Hand sein zu können und ist lediglich im Interesse der Erhöhung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit aufgestellt worden.

Das Ueberfallkommando ist fernmündlich durch das Fernsprechamt unter dem Stichwort „Ueberfall" anzufordern. Auf das Stichwort „Ueberfall" hin verbindet das Amt den Anrufenden sofort mit der Schutzpolizei in der Fahrendellerstraße. Dem sich dort meldenden Polizeibeamten ist lediglich kurz der Ort anzugeben, wohin das Ueberfallkommando gewünscht wird. Zum Beispiel: „Ueberfall . . . straße Nr. . . .".

Beim Anruf wird die Fernsprechnummer der anrufenden Stelle sofort beim Fernsprechamt zur Kontrolle notiert.

Die Einrichtung des Ueberfallkommandos stellt an die Beamten eine ganz wesentliche Erhöhung an Dienstleistungen zum Besten der Oeffentlichkeit dar. Es liegt im eigensten Interesse des Publikums, jede mißbräuchliche Anforderung des Ueberfallkommandos zu unterlassen. Wer das Ueberfallkommando mißbräuchlich anruft, wird mit schwerer Strafe und mit den Kosten für den Transport belegt. Die Inhaber von Fernsprechanschlüssen werden gebeten, bei Anforderungen des Ueberfallkommandos durch ihre Fernsprecher den Namen und die Wohnung der anrufenden Persönlichkeit festzustellen, um sich bei mißbräuchlicher Anforderung des Ueberfallkommandos der Unannehmlichkeit der Untersuchung zu schützen.

Notwendigkeit der Verwaltungsschulen.

Zu den Sparmaßnahmen der Stadtverwaltung wird uns von der berufenen Vertretung der städt. Beamtenschaft geschrieben:

Bei Erörterung dieser Frage sind vereinzelt Stimmen laut geworden, welche für einen Abbau der Verwaltungsschule eintreten. Wir weisen darauf hin, daß die Einrichtung der Verwaltungsschule seit Jahren von den Kommunalbeamten und ihrer Organisation erstrebt worden ist und daß heute diese Verwaltungsfachleute die unbedingte Beibehaltung der Verwaltungsschulen fordern. Angefangen mit Fortbildungskursen von bescheidener Bedeutung sind heute voll ausgebaute Verwaltungsfachschulen in folgenden Städten errichtet worden:

Aschersleben, Berlin, Bochum, Bonn, Coblenz, Dortmund, Duisburg (für die niederrheinischen Städte und Gemeinden), Düren (für die Kreise Düren und Jülich), Düsseldorf, Erfurt, Essen, Finnentrop (für die Kreise Olpe und Meschede), Hamm, Hattingen, Kiel, Kottbus, Recklinghausen, Siegen, Soest (für die Kreise Arnsberg, Lippstadt und Soest), Stettin, Wiesdorf (Niederrhein); außerdem bestehen zahlreiche provinzielle und örtlich organisierte Lehrgänge. Weitere Neugründungen stehen nahe bevor und sind z. T. bereits getätigt.

Auch in Bochum bestanden bereits vor dem Kriege Fortbildungskurse für die Beamten, welche sich aber als unzulänglich erwiesen haben. Durch die freiwilligen Kurse erfolgt nicht die systematische Durchbildung der Beamten, wie sie in den Verwaltungsfachschulen erreicht wird. Die außerordentliche Fülle und Weitschichtigkeit des Stoffes und die von Tag zu Tag sich mehrenden Gesetzesänderungen bedingen aber, daß die Beamten im Interesse der Bevölkerung systematisch mit der Materie bekannt gemacht werden. Die Kosten für die Verwaltungsschule Bochum tragen anteilig die der Schule angeschlossenen Städte und Gemeinden und etwa zur Hälfte die Schulteilnehmer selbst.

Die Bochumer Schule, welche sich auf die Städte Bochum, Herne, Wattenscheid, den Landkreis Bochum und die Aemter Eickel und Wattenscheid erstreckt, ist infolge des großen Ausdehnungskreises auf absehbare Zeit hinaus gesichert und unbedingt lebensfähig. Angliederungen weiterer Städte und Gemeinden an die Bochumer Schule stehen bevor. Nachrichten von dem Eingehen von Verwaltungsakademien usw. stimmen nicht. Auch die Pressemeldung über das Eingehen der Verwaltungsakademie Düsseldorf entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr soll diese zur Verwaltungs-Hochschule ausgebaut werden. Auch der zuständige Minister des Innern setzt sich für die Beibehaltung der Verwaltungsschulen ein. Es soll durch die zuständigen Stellen die Frage geprüft werden, ob nicht die Verwaltungsfachschulen der Städte auch der systematischen Durchbildung der Beamten im Staate nutzbar gemacht werden können, um so den Weg zu der Vereinheitlichung des Bildungswesens für die Staats- und Kommunalbeamten zu ebnen.

Die höchstmöglichste Leistungsfähigkeit des Beamtenapparates und die wünschenswerte Wirtschaftlichkeit der Beamtenarbeit läßt sich nur erzielen, wenn der für die Allgemeinheit wie für die Beamten gleich wichtige und gleich richtige Grundsatz verwirklicht wird: „Möglichst wenige, möglichst tüchtige und demgemäß gut bezahlte Beamte."

Großes Wohltätigkeitskonzert für die Waisenkinder.

Um seinem Danke für die vielfache Unterstützung, die er bei der Städtischen Verwaltung und der Bürgerschaft anläßlich des 3. Westfälischen Sängerbundesfestes gefunden, besonderen Ausdruck zu geben, hat der Unterverband Bochum des Westf. Sängerbundes beschlossen, am Freitag, den 5. Jan. 1923, ein großes Wohltätigkeitskonzert zum Besten der in der Rettungsanstalt Overdyck und dem Waisenhaus untergebrachten evangelischen und katholischen Waisenkinder zu geben. Das Städtische Orchester hat seine Mitwirkung in liebenswürdigster Weise zugesagt. Ein Männerchor von über 1000 Sängern wird acht unserer schönsten Volkslieder zum Vortrag bringen. Außerdem wird von einem Waisenkinde ein Prolog, gedichtet von der westfälischen Dichterin Johanna Baltz, gesprochen werden. Einheitseintrittspreis 100 Mk. Alles Nähere wird noch durch Plakate und Anzeigen bekannt gegeben.

Das Versicherungsamt veröffentlicht in der vorliegenden Ausgabe die Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge der versicherten Personen.

× **Um die Gemeindeschwestern.** In den Weihnachtsgottesdiensten der evang. Gemeinden wird folgende Ankündigung erfolgen: Die gegenwärtige geldliche Not der evang. Gemeinde hat Presbyterium und größere Gemeindevertretung gedrängt, die Zahl unserer Gemeindeschwestern zu verringern. Dagegen regt sich ein immer zunehmender Widerspruch in unserer Gemeinde. Will die Gemeinde sich aufraffen, so kann sie die Schwestern, die so wichtige Dienste in ihr tun, wohl halten. Auf mannigfaches Andringen werden die Männer und Frauen unserer Gemeinde auf kommenden Freitag, 29. Dez., abends 8 Uhr, zu einer allgemeinen großen Gemeindeversammlung in das evang. Vereinshaus eingeladen. Einziger Gegenstand der Verhandlung wird sein: Wir wollen unsere Gemeindeschwestern halten! Wir wollen nicht abbauen, sondern aufbauen! Die Versammlung dürfte sich des regsten Besuches aus allen Kreisen der evang. Bevölkerung erfreuen. Hoffentlich befinden sich viele darunter, die der dringenden Not hier mit schneller und wirksamer Hilfe steuern können.

× **Aus dem Theaterbüro.** wird uns geschrieben: Bei der bevorstehenden Götzaufführung unseres Stadttheaters wird in malerisch-technischer Hinsicht zum ersten Mal eine Neuerung ausprobiert, die auf dem Gebiete des Szenischen zu ganz neuen Einstellungen und Möglichkeiten führen kann. Es handelt sich um eine neue Art angewandter Lichtkunst, die zugleich den Gesamtapparat wesentlich vereinfacht und entlastet. Auf Grund dieser Erfindung sieht sich die Regie in der Lage, offen zu verwandeln, sodaß der Rhythmus der Dichtung viel stärker ans Ohr klingt. Die gesamte Neuausstattung ist von Joh. Schröder entworfen und in den Werkstätten des Theaters ausgeführt. Die optische Neuerung wird auf Grund der Schröderschen Vorlage vom Beleuchtungsinspektor Effenberger praktisch entworfen und umgesetzt, während Oberinspektor Presber den szenischen Apparat meistert.

× **Rührende Beweise von Nächstenliebe** zeigen sich besonders in den Tagen vor dem Weihnachtsfeste. Zahlreiche Spenden gehen bei den verschiedenen privaten und städtischen karitativen Einrichtungen ein. Der städt. Wohlfahrtsverwaltung gingen in den letzten Tagen z. B. 5000 Mark mit einem Begleitschreiben zu, das folgende Sätze enthielt: „Sende anbei 5000 Mark für ganz arme Kranke, weil ich wohl zu schätzen weiß, wie es verarmte Kranke benötigen. Wenn es mir auch jetzt sehr schwer fällt, diese Summe nach dem Tode meines Mannes zu spenden, ich denke aber, der liebe Gott wird mir weiter helfen, denn Almosen geben armet nicht. Mögen doch die Leute, die dazu in der Lage sind, meinem Beispiele folgen." Der Brief war mit N. N. gezeichnet.

≡ **Höhere Privatschule** (Weihnachtsfeier). Die zahlreiche Schulgemeinde, im großen Saale des Herrn Diederichs versammelt, folgte mit Interesse den zwei lustigen Einaktern der Schüler und den musikalischen Darbietungen der Herren Schmalz, Kirchhelle, Dropsch und Marschner. Am besten gefiel die von Herrn Pfarrer Engel gedichtete und von Herrn Marschner (einem früheren Schüler) komponierte „Weihnachtslegende", zu der vier lebende Bilder in echten Trachten des Mittelalters gestellt wurden. Gedichte, Weihnachtslieder und Verlosung mit Bescherung der Schüler bildeten den Rest des reichen Programms.

Q **Strafkammer.** Vom Schöffengericht war der Kaufmann Fritz Husaker von Recklinghausen wegen Untreue zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil legte er bei der Bochumer Strafkammer Berufung ein. Der Angeklagte bekleidete lange Jahre in der Konsumanstalt der Gewerkschaft König Ludwig eine leitende Stelle. Er genoß das besondere Vertrauen der Werksleitung, da er schon 24 Jahre im Dienste der Gewerkschaft gestanden. In einer vorübergehenden Notlage gab er einem dortigen Metzger in der Zeit von April bis August 1921 aus den Beständen des Werkskonsums Speck und Schmalz ab, behielt aber nach Feststellung des Gerichtes den Preis von 13 390 Mark für sich. Die Strafkammer trat nach eingehender Beweisaufnahme dem Urteil des Schöffengerichts bei. Gerade daß der Angeklagte, dem von seinen früheren Vorgesetzten ein gutes Zeugnis ausgestellt wurde, auf dem Werke großes Vertrauen genossen, stemple seine Untreue als außerordentlich schwer gegenüber der Werksleitung. Derartige Vergehen bedeuteten keine Bagatelle und Kaufmannschaft und industrielle Werke müßten gegen solche Vertrauensbrüche von Angestellten energisch in Schutz genommen werden. Das Gericht habe in erster Linie daher wieder auf die Freiheitsstrafe von drei Monaten erkannt. Jedoch habe es in Bewertung der jahrzehntelangen Untadelhaftigkeit des Angeklagten, der es im Felde zum Offizier gebracht, auf Strafaussetzung erkannt, wenn der Angeklagte bis zum 1. April 1923 dem Amtsgericht Recklinghausen eine Geldbuße von 60 000 Mark gezahlt habe.

Q **Polizeibericht.** Durch Einbruch wurden gestohlen: aus einem Hause in der Marienstr. mehrere Anzüge, Ueberzieher und sonstige Kleidungssachen; aus einem Stallgebäude in Grumme mehrere Hühner und eine Gans; aus einem Stallgebäude in Weitmar, Roonstr., zwei fette Gänse; aus einem Stallgebäude in der Hordelerstr. ein Schwein. — Festgenommen wurden zwei Personen wegen Diebstahls im Warenhaus Alsberg. — Die hiesige Kriminalpolizei beschlagnahmte einige weiße Damenunterröcke, ein Paar Damenhalbschuhe (Gr. 40), eine Anzahl Schlipse, Hosenträger, mehrere Stücke blauen Cheviot, karrierte und gestreifte Kleiderstoffe, graue Serge, Bettdamast, grünen Blusenstoff und Tüll. Sämtliche Sachen sind neu und noch zum Teil auf Wickelbretter gewickelt. Anscheinend handelt es sich um Gegenstände aus einem Schaufenstereinbruch, da sich zwischen den Sachen noch ein Bruchstück von einer Schaufensterscheibe befand. Interessenten wollen sich auf Zimmer 50 der Polizeidirektion, vorm. von 8½—10 und nachm. von 3½—5 Uhr, einfinden.

Aus dem Landkreise Bochum.

tg. **Altenbochum**, 20. Dez. Gemeinderatssitzung. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden zunächst die Bezüge des Fürsorge- und Armenarztes, der Desinfektoren und des Friedhofs-Inspektors neu geregelt. Die Gebühren für Herstellung und Zuschüttung einer Gruft auf dem Friedhof wurden neu festgesetzt und zwar für Erwachsene auf 1500,— Mark und für Kinder auf 750,— Mark. Der Unfallversicherung der Freiwilligen Feuerwehr wurde der Vorlage entsprechend zugestimmt. Für den in der Laerstraße ausgeführten Kanal sollen die ortsstatutarischen Normalbeiträge von 45,— Mk. für den Frontmeter erhoben werden. Wegen Instandsetzung der Südstraße sollen Verhandlungen eingeleitet werden. Der Haushaltsplan der öffentlichen Volksbücherei für 1923 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 25 000,— Mk. festgesetzt. Sodann wurden noch die Armenunterstützungssätze infolge der Teuerung neu geregelt und erhöht, ebenso eine Reihe Wohlfahrtssachen erledigt.

≡ **Langendreer**, 20. Dez. Das Kinderelend. Eine ärztliche Untersuchung der Volksschüler ergab, daß von den zu Ostern zur Entlassung kommenden Kindern die Hälfte je 8 Kilogramm unter Normalgewicht hatte. Drei Fünftel waren blutarm ein Drittel skrophulös.

Aus der Nachbarschaft.

Gemeinderatssitzung Günnigfeld.

* **Günnigfeld**, 20. Dez. In der Gemeinderatssitzung wurde ein Wohnungsbauantrag mit Hilfe eines Landesbarlehens abgelehnt. Die Kosten belaufen sich auf 1 270 000 Mark. Das Darlehen sollte nur dann gewährt werden, wenn die Wohnungsbauabgabe auf 300 Prozent festgesetzt würde. Die Beleuchtung der Straßen dauert für die Wintermonate bis 10,30 Uhr; um dieselbe Zeit setzt dann die Beleuchtung durch die Nachtlaternen ein.

Das Verbandswasserwerk nimmt eine Anleihe von 2 Millionen Mark auf, wofür die beteiligten Gemeinden anteilig die Bürgschaft zu übernehmen haben. Die Gemeinde Günnigfeld ist mit 6 Prozent verpflichtet. Die Gemeindevertretung erklärt sich damit einverstanden. Die Stadt Bochum forderte seinerzeit eine Entschädigung seitens der Gemeinden für diejenigen Schüler, welche eine höhere Schule in Bochum besuchen. Die Forderung wurde abgelehnt. Die Stadt Bochum lud aus diesem Grunde die in Frage kommenden Gemeinden zu einer Besprechung der Angelegenheit ein. Altenbochum schlug in dieser Sitzung vor, die Gemeinden möchten 50 Prozent, d. i. 3364,— Mk. für jeden Schüler, übernehmen. Amtmann Baumann lehnte für die Gemeinden des Amtes auch diesen Vorschlag ab, wollte aber den Gemeinden die Angelegenheit zur eigenen Beschlußfassung noch einmal vortragen. Der Antrag Bochums wird abermals abgelehnt.

Ein Antrag Schulte-Hordelhof auf Instandsetzung der Kremastraße wird abgelehnt. Es wird jedoch darauf hingewiesen daß die Straße nicht zur Aschenabfuhr diene und daß diejenigen sich strafbar machen, die die Straße als Schuttstelle benutzen. — Mit dem Beitritt zum Umlageverfahren der westfälischen Feuerwehrunfallkasse ist die Gemeindevertretung einverstanden.

Gemeindeverordneter Becker (M.-E.-P.) hat mehrere Anträge gestellt, wovon der erste zu einer langen und teilweise heftigen Debatte führt. Es handelt sich um die Abhaltung der Gemeinderatssitzungen wieder in der Turnhalle. Den Antrag begründet Becker mit den hohen Zehrkosten, die in einer Wirtschaft den Teilnehmern entstehen. Es werden die früheren Sachen, die Veranlassung gaben, aus der Gemeindewirtschaft herauszugehen, aufgegraben. Der Antrag wird mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Eine ernste Auseinandersetzung ergab der Antrag: Einführung unentgeltlicher Totenbestattung für alle Angehörigen des Proletariats. Alle waren sich einig darüber daß mit Rücksicht auf die zurzeit entstehenden hohen Kosten bei Beerdigungen etwas geschehen müsse. Becker schlägt vor eine Steuer von 5 Prozent zu erheben, um die Kosten für 120 Todesfälle, die eine Gesamtsumme von 6 000 000 Mark erfordern, aufzubringen. Amtmann Baumann machte darauf aufmerksam, daß diese Steuer nicht erhoben werden kann während auch Schulte-Loh (Ztr.) der Ansicht ist, daß der Bezirksausschuß seine Genehmigung nicht erteilen wird. Im übrigen sei die Gemeinde ja immer denen entgegengekommen die sich in solcher Lage an die Gemeinde gewandt hätten. Krämer (M.-E.) schlägt vor, daß die Bevölkerung an die Volksfürsorge sich anschließen möchte, da wäre eine Ausbeutung ausgeschlossen und die Beiträge seien nicht so hoch wie die Steuer. Die Kosten für die teuren Leichenwagen könnten auch gespart werden. Die Männer der heutigen Zeit seien noch ebenso stark wie unsere Vorfahren und sie würden sich wie diese gern bereit finden, die Leiche zum Kirchhof zu tragen. Wer dann die noch aufzubringenden Kosten nicht tragen könne, möge sich an die Gemeinde wenden, die würde gern helfen, natürlich unter der Bedingung, daß die Summe zurückerstattet würde, wenn es möglich wäre. Zimmer (D. V.): Die Aussprache ergibt, daß wir uns alle darin einig sind, es muß etwas geschehen. Notwendig ist aber, daß auch die Totenhalle benutzt wird und die Leichen sofort aus den Häusern geschafft werden. Es wird der Vorschlag gemacht, eine Kommission zu wählen, welche sich mit der Angelegenheit beschäftigen soll. Die Friedhofskommission, der Scholz und König noch angehören, wird durch Hinzuwahl der Mitglieder Schwartenbeck und Zimmer vervollständigt und beauftragt, die Angelegenheit zu bearbeiten.

Becker stellte ferner den Antrag auf Einrichtung von Kontrollausschüssen für Lebensmittel- und Bekleidungsgeschäfte. Er begründet diesen Antrag damit, daß die Preise in Günnigfeld immer bedeutend höher seien als in Gelsenkirchen. Die Preise wechselten täglich, ja stündlich. Es wird beschlossen, den Schuhmacher Sauer als Vorsitzenden des Gewerbevereins zur Preisprüfungsstelle Wattenscheid hinzuzuwählen.

* **Herne**, 20. Dez. Die Stadtverordnetenversammlung beriet in mehrstündiger Besprechung den Magistratsetat für 1922. Ein Antrag auf Vertagung wurde

Dortmunder Ritterbier

Die hervorragenden Spezialitäten:

Dunkel nach Münchener Art

Ritter-Pilsener

Jeder Feinschmecker ist des Lobes voll.

Der einsame Spatz.

Novelle von Fassy Torrund.

(Schluß.)

Jetzt geht die Tür, und jetzt ein Schritt im Entree. Herrgott, das ist er! Die Tür wird geöffnet, und Mielas Gesicht schaut zaghaft herein.

„Herr Doktor... Herrejesus nee, Frau Doktorn, sind Sie das wirklich? Und ich hatt' keine Ahnung, nee, um Gottes willen — wenn Sie doch man bloß geschrieben hätten, Frau Doktern!"

Anne Marie sieht das erschrocken dastehende Mädchen ernst an — sie kann sich doch nicht enthalten zu sagen: „So hältst du Haus, wenn ich nicht da bin, Miela! Keine Lampe im Flur, und kein warmes Zimmer, wenn mein Mann heimkehrt?"

„Ach Gott, Frau Doktern, das Feuer is wohl man eben ausgegangen," stottert Miela verlegen. „Und der Herr is ja bei Amtsrichters eingeladen, wer weiß, wann der nach Hause kommt! Und unsereins will doch auch sein bißchen Vergnügen haben, es ist doch Heiligabend. Da sitzt doch jeder gern bei seine Familige, un ich war man eben bei Muttern." Mielas Zunge hat nach dem ersten Schreck ihre alte Geläufigkeit schnell wiedergefunden.

Anne Marie hat von all dem Gerede nur das eine gehört; gedehnt wiederholt sie: „So... der Herr ist bei Amtsrichters?"

„Na, was soll er denn auch so allein hier sitzen?" bemerkt Miela treffend. „Soll ich ihn vielleicht holen?"

„Nein, laß nur."

„Kann auch sein, er kommt erst noch mal wieder nach Hause," sagte Miela mit einem Blick auf den Kleiderständer. „Sein guter Rock hängt ja noch da. Ach Herrjeh" — sie schlägt sich mit der Hand vor die Stirn, „er wird wohl... er wollt' ja noch" sie stockt und blickt unschlüssig, ob sie davon sprechen darf, auf die Frau.

„Was wollte er? So sprich doch weiter, Miela," ruft Anne Marie ungeduldig.

„Noch mal auf'n Kirchhof gehn. Heut früh war er all einmal da und hat all die vielen Kränze rausgetragen, ganz allein. Ich wollt' ihm noch helfen, aber er sagt so auf seine Art: Nein, lassen Sie nur, Miela, ich trag's lieber allein."

„Wie der Mann, den ich gestern sah," muß Anne Marie denken. „Der trug auch seine Kränze hinaus, den weiten, weiten Weg."

„Aber der lütte Tannenbaum war noch nich da, den der Herr bestellt hatte," berichtete Miela weiter, die immer beredt wird, wenn sie von ihrem Doktor spricht. „Erst heut nachmittag hat ihn der Gärtner gebracht, da wird der Herr ihn wohl noch rausgetragen haben..."

„Also nicht bei Amtsrichters, sondern bei seinem Kinde," denkt Anne Marie und faltet unwillkürlich die Hände. Passer solitarius, — mutterseelenallein dort draußen an der Stätte des Todes, heut', wo alle Menschenkinder, groß und klein, das Fest der Freude feiern. Was sieht sie noch hier? gehört sie nicht dorthin zu ihm?

Sie greift nach dem Mantel, aber Miela hält sie zurück. „Hören Sie doch, Frau Doktern, es kommt wer die Treppe rauf. Ja, das is er — ich kenn' ihm schon am Tritt."

Anne Marie erkannte ihn auch. Sie begann zu zittern — ihr Mann kam heim.

„Miela, kein Wort von mir, verstehst du? Ich will ihn überraschen."

Sie nahm ihren Mantel und Hut, die zum Verräter werden konnten, und lief ins Eßzimmer, wo es kalt und dunkel war. Die Tür blieb angelehnt — und jetzt, wie er heimkam, konnte sie ihn sehen und hören, ohne daß er ihre Nähe ahnte.

Wie elend er aussah — so müde, so vergrämt! Jetzt nahm er den Hut ab, und beinahe hätte sie aufgeschrieen — der Lampenschein fiel auf sein dichtes, dunkles Haar — es war fast grau geworden in dieser Zeit — o Gott, und wie hager das liebe, treue ernste Gesicht!

Der jungen Frau hinter der Tür schossen die Tränen in die Augen, gewaltsam mußte sie ihr Schluchzen unterdrücken, um sich nicht zu verraten. Glücklicherweise steckte jetzt Miela den Kopf zur Tür herein und fragte: „Gehen Herr Doktor nu rüber zu Amtsrichters?"

„Nein, ich bleibe hier," erwiderte Hans Birkholz, zog seinen Mantel aus und ließ sich schwer in seinen Stuhl am Schreibtisch niedersinken. Miela blieb wartend stehen, er schien sie ganz vergessen zu haben. Stumm saß er da, den Kopf in die Hand gestützt.

„Wünschen Herr Doktor sonst noch was?" fragte das Mädchen schüchtern.

„Nein, danke." Dann besann er sich, wandte sich um und sagte in seiner gütigen, teilnehmenden Art: „Aber Sie, Miela, Sie haben gewiß noch Wünsche?"

„Ach nee — der Herr hat mir ja all heut' morgen..."

„Das meine ich nicht. Aber Sie wollen gewiß zur Mutter? Gehen Sie ruhig, Miela — heut' abend soll jedes bei den Seinen sein."

Miela nickte verständnisinnig und ging, und Hans Birkholz kehrte in seine frühere Stellung zurück.

Da knarrte abermals die Tür, ein zögernder Frauenfuß trat auf die Schwelle.

„Wollen Sie noch etwas, Miela?" fragte der Doktor müde, ohne sich umzusehen.

„Miela ist es nicht, sondern ich... und ich... ich..." schluchzte eine zitternde Frauenstimme.

Sein Stuhl schlug krachend um — „Anne Marie, du?" Er war aufgesprungen und eilte auf sie zu — in der Mitte des Zimmers blieb er stehen und ließ die ausgestreckten Arme sinken. Sein Gesicht war blaß wie der Tod.

„Du kommst zu mir?" fragte er leise und zweifelnd, und in seiner Stimme lag ein so ergreifender Klang, so viel Leid und Liebe, so viel von alledem, was er in diesen Wochen durchgemacht — daß das junge Weib zu seinen Füßen hinstürzte und stammelte: „Ich wollte dich bitten, daß ich... daß ich wieder bei dir bleiben darf, Hans... o Hans..."

Da beugte er sich nieder und hob sie auf. In seinen starken Armen trug er sie durchs Zimmer und küßte sie, und konnt's nicht fassen, nicht glauben, daß sie ihm wiedergegeben war. —

Die Zeit verrann, und als Miela zum Schlafengehenszeit sachte den Kopf zur Tür herein steckte, saßen der Herr und die Frau auf dem Sofa, Hand in Hand, und auf dem Tische brannten statt des Christbaumes ein paar Wachslichter, und in einer Vase steckte eine Handvoll Tannenzweige — das war alles. Enttäuscht zog Miela sich wieder zurück. „Mi dücht, sie hat mich mal 'n büschen Kuchen mitgebracht!" murrte sie.

„Nun habe ich nicht mal einen Christbaum für dich, Kind," hatte Hans Birkholz nach den ersten erschütternden Augenblicken gesagt.

„O Hans, ich brauche auch keinen — ich bin ja bei dir...!"

Und die Wachskerzen brannten knisternd wie Christbaumlichter, und die Tannenzweige — Tannenzweige von des Kindes Grab — durchdufteten das ganze Zimmer mit ihrem herben, lieblichen Duft, und in den Herzen der beiden Menschen, die stillselig nebeneinander saßen, läuteten tausend Glocken das hehre Fest des Friedens ein.

abgelehnt die Magistratsvorlage mit einem Zusatzantrag, den Nachtrag durch eine Kommission nachprüfen zu lassen, gegen 4 Stimmen aus dem Zentrum und der beiden Kommunisten angenommen.

L. **Herne**, 20. Dez. Verworfene Berufung. Der mehrfach vorbestrafte Arbeiter M. von hier erbrach am 21. Dez. v. J. hier die Baubude einer Ausschachtfirma. Er entwendete aus dieser ein Vermessungsinstrument, das heute einen Wert von 600 000 Mark besitzt. Das Schöffengericht hatte M. zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Seine Berufung wurde von der Bochumer Strafkammer verworfen.

* **Wattenscheid**, 20. Dez. Festgenommener Verbrecher. Die Kriminalpolizei fahndete schon seit einigen Tagen nach einem Manne in Jägerkleidung, der sich hier in Wattenscheid, insbesondere in Wirtschaften, bemerkbar gemacht hatte. Der Fremde wurde von auswärtigen Behörden wegen Bankdiebstahls, Brillant- und Silberdiebstählen gesucht. Nun ist es gelungen, den Mann festzunehmen. Es handelt sich um einen entsprungenen Strafgefangenen, der noch 12 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat. In fraglicher Angelegenheit erfolgte bereits in voriger Woche die Festnahme eines Mannes, der im Auftrage des Fremden auf einer hiesigen Bank 50 000 Mk. mittels eines gestohlenen Schecks zu erheben versuchte. Der festgenommene Strafgefangene kommt vermutlich noch für weitere Einbruchdiebstähle als Mittäter in Betracht zumal auch seine Festnahme gelegentlich der Ausführung eines Diebstahls erfolgte.

L. **Günnigfeld**, 20. Dez. Durch gewerbsmäßige Betrügereien sucht der Klempnermeister L. sein Leben zu fristen. Welcher Geistesveranlagung er ist, beweist die Tatsache, daß er bereits 19 Vorstrafen erlitten hat, darunter fünf wegen Betruges. Neuerdings hatte ihn das Schöffengericht wegen abermaliger Betrugsfälle wiederum auf längere Zeit ins Gefängnis gebracht. Zu Gelsenkirchen und Günnigfeld übernahm er größere Dachreparaturen. In beiden Fällen riß er die Dachrinnen ab und veräußerte sie zu Gunsten seiner Tasche. Die von L. eingelegte Berufung wurde verworfen.

re. **Linden-Dahlhausen**, 21. Dez. Das Wohltätigkeitskonzert des Lindener Krieger- und Landwehrvereins war gut besucht, nahm einen erhebenden Verlauf und brachte einen Ueberschuß von 41 600 Mark. Diese schöne Summe konnte als Weihnachtsspende an 25 Mitglieder, die der Hilfe bedürftig waren, oder an deren Hinterbliebenen nach dem Grade der Bedürftigkeit verteilt werden. — Der Krieger- und Landwehrverein Baak beschloß in seiner letzten Versammlung, die Kosten bei einer Beerdigung von Kameraden durch Umlage zu erheben. Die Umlage trat bei der letzten Beerdigung bereits in Kraft und beträgt augenblicklich 50 Mk. für jedes Mitglied.

* **Hattingen**, 20. Dez. Ein neuer Einbruch-Diebstahl ist hier in der Fürberei Rawetzki verübt worden. Die Spitzbuben stahlen Kleider, Angorafelle, Hüte, Treibriemen und den 3pferd. Motor. Es gelang zunächst Herrn R., eine verdächtige Person zu verfolgen, doch entschlüpfte ihm diese; dann gelang es ihm unter Hilfe des Polizeibetriebsassistenten Millhof, eine Spur bis auf Holthauser Gebiet zu verfolgen, wo man bei dem Westermannschen Gehöft den gestohlenen Motor fand. Am Eingang zum Pannhüttter Wäldchen, fand man dann ein mit Reisig überdecktes Lager, wie es sich Obdachlose zurechtmacht. Man bewachte diesen Schlupfwinkel und es gelang, den Arbeiter Landin festzunehmen, der bei einer Familie K. logierte. In diesem Logis fand man die ganze Beute untergebracht, sodaß sich Frau K. wegen Hehlerei zu verantworten haben wird. Im Laufe des Abends konnte auch noch ein zweiter Mann festgenommen werden, dem bereits nachgewiesen werden konnte, daß er dem L. beim Fortschaffen des Diebesgutes behilflich gewesen war. Den Wert der gestohlenen Sachen schätzt Herr R., die allerdings alle wieder zur Stelle sind, auf ca. 400 000 Mk., der Treibriemen war leider schon in meterlangen Stücken zerschnitten. — Unterschleife. Durch einen anonymen Brief wurde ein hiesiger Geschäftsinhaber darauf aufmerksam gemacht, daß er „stille Teilhaber" habe. Eine Haussuchung an einer Stelle förderte allerhand wertvolle Sachen zu Tage, über die sich die Eigentümerin aufs genaueste wird ausweisen müssen. Das gleiche Ergebnis hatte eine Haussuchung in der Kurzestraße. Sechs Angehörige des Geschäftspersonals sollen im ganzen in Verdacht stehen, bei den Unredlichkeiten beteiligt zu sein.

Aus den Provinzen.

* **Dortmund**, 20. Dez. Lustbarkeitssteuer. Der Magistrat beschäftigte sich in seiner Sitzung u. a. mit der schon seit Oktober schwebenden Frage einer Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer für Lichtspieltheater. Für die Gegenwart wurde grundsätzlich jede Ermäßigung abgelehnt. Der Magistrat hielt es jedoch für angemessen, mit Rücksicht auf die besondere Lage in jedem Monat die Steuer für Oktober auf 40 Prozent festzustellen. Für die Monate Dezember und November bleibt es bei 50 Prozent. Für den Monat Januar werden ohne Staffelung 45 Prozent erhoben.

* **Dortmund**, 20. Dez. In der Stadtverordnetenversammlung rief die Magistratsvorlage über die Deckung des Fehlbetrages von 976 670 000 Mk. eine ausgedehnte Aussprache hervor. Bürgermeister Dr. Fischer verlangte in seinen Ausführungen u. a. eine bessere Ausgestaltung des Finanzausgleichsgesetzes, vor allem eine Erhöhung der Zuschüsse für die Gehälter der Beamten und Angestellten unter Einbeziehung der städtischen Arbeiter. Er erklärte, daß mit dem Kostgängerwesen der deutschen Städte eine sanfte Bevormundung eingetreten sei, und daß trotz Einführung einer demokratischen Verfassung die Selbstverwaltung der Städte gelitten habe. Sollen tragbare Steuern von reichs- und staatswegen eingeführt werden, so dürfe man die Städte bei Ausgestaltung besonders der Gewerbesteuer nicht ausschalten. Die Städte müßten das Recht erhalten, selbständig eine Reihe von Steuern auszuschreiben. Die vorgeschlagene Erhöhung der Gewerbesteuer erscheine allerdings nach dem Prozentsatz stark zu sein, sei aber in der Tat gering, da die Steuer nachträglich mit entwertetem Gelde gezahlt werde.

≠ **Dortmund**, 20. Dez. Verhaftete Metalldiebe. Wegen Diebstahls von Metallen im Werte von einer halben Million Mark, wurden hier drei jugendliche Arbeiter in dem Augenblick verhaftet, als sie ihre Diebesbeute eben in Sicherheit bringen wollten.

≠ **Mengede**, 20. Dez. Erstochen. Der Möbelhändler Bender geriet mit mehreren Leuten in einen Streit, in dessen Verlauf er so unglücklich gestochen wurde, daß er starb.

≠ **Schwerte**, 20. Dez. Gefährliche Burschen. In Westhofen wurde eine dreiköpfige Einbrechenbande verhaftet, die für über 2 Millionen Mark Metalle gestohlen hatte. Man umzingelte die Bande, die sich wütend zur Wehr setzte, wobei auch geschossen wurde. Mit Hilfe einer Anzahl scharfer Wachthunde, konnten die Kerle überwältigt werden. — Tollwut. In Menden wurde die elfjährige Tochter des Gutsbesitzers Wrede-Garberg von einem tollwütigen Hunde gebissen. Das gefährliche Tier konnte erschossen werden. Das verletzte Kind wurde in das Pasteursche Institut zu Berlin überführt.

* **Hamborn**, 21. Dez. Verwegener Platin-Diebstahl. In der Nacht zum Dienstag wurde vom Kamin einer neuen Fabrikanlage der August Thyssen-Hütte die Platinspitze des Blitzableiters gestohlen. Die Spitze hat heute einen Wert von etwa 2¼ Millionen Mark. Die verwegenen Diebe konnten bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

* **Düsseldorf**, 20. Dez. Die neuen Regierungspräsidenten von Koblenz und Aachen. Der Provinzialausschuß hat sich mit dem Vorschlag der preußischen Staatsregierung einverstanden erklärt, der für den Koblenzer Regierungspräsidentenposten den Oberpräsidialrat Dr. Brandt und zum Regierungspräsidenten von Aachen Dr. Rombach, Landrat von Düren, vorschlug. Der endgültigen Ernennung dürfte nun nichts mehr im Wege stehen.

Handel / Industrie / Verkehr

1 Dollar am 21. Dez. 6733 Mark.
(Nach der amtlichen Berliner Notierung) „ 20. „ 6670 „

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen	20. Dez. Geld	20. Dez. Brief	21. Dez. Geld	21. Dez. Brief	Höchst. bish. G.
Holland 1 G.	2648.36	2661.64	2668.31	2681.69	3851.10
Belgien 1 Fr.	456.35	458.65	458.85	461.15	513.71
Norwegen 1 Kr.	1266.82	1273.18	1271.81	1278.19	1715.70
Dänemark 1 Kr.	1346.62	1353.38	1356.55	1383.45	1825.42
Schweden 1 Kr.	1770.56	1779.44	1805.47	1814.53	2438.88
Italien 1 Lir	339.15	340.85	341.64	343.36	384.03
England 1 St.	30423.7	30576.2	31022.2	31177.7	40398.3
Amerika 1 D.	6670.78	6704.22	6733.12	6766.88	5127.12
Frankreich 1 Fr.	498.75	501.25	501.24	503.76	553.60
Schweiz 1 Fr.	1269.31	1275.69	1271.81	1278.19	1675.80
Spanien 1 Pes.	1047.37	1062.63	1057.35	1062.65	1381.53
Dtsch.-Oest. 100 Kr.	9.47	9.53	9.62	9.68	—.—
Tsch.-Slow. 1 Kr.	201.49	202.51	199.50	200.50	296.25
Ungarn 1 Kr.	2.79	2.81	2.94	2.96	3.69

Rheinisch-Westfälischer Devisenmarkt.

p. Im Laufe des Nachmittags waren die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel gestern wieder abgeschwächt. Es gab fast keine Umsätze. Gegen 5 Uhr wurden genannt: **Holland 2580 — 2630, Frankreich 490 — 500, England 30 000 — 30 500, Brüssel 430 — 450, Newyork 6400 — 6600.**

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens im Monat November 1922.

Im Ruhrbecken (einschließlich der linksrheinischen Zechen) hat die Kohlenförderung betragen:

	Gesamtförderung:	Zahl der Arbeitstage:	arbeitstägliche Förderung:
November 1922	8 596 214 To.	24¼	354 483 To.
Oktober 1922	8 827 126 To.	26	339 505 To.
November 1921	7 772 658 To.	24¼	320 525 To.
November 1913	8 932 276 To.	23¼	386 261 To.

Der im November 1922 im Vergleich zum vorhergehenden Monat zu verzeichnende Rückgang der Gesamtförderung ist lediglich darauf zurückzuführen, daß im November 1¾ Arbeitstage weniger zu verzeichnen waren (24¼ gegen 26). Die arbeitstägliche Leistung ist im Berichtsmonat im Vergleich zum Oktober 1922 um 14 978 To. gestiegen. Die Hebung der arbeitstäglichen Förderung ist auf stärkere Belegung an den Ueberschichten und auf Belegschaftsvermehrung zurückzuführen. Da das Ueberarbeits-Abkommen für die Zeit vom 18. Dezember bis 15. Januar in Fortfall kommt, ist für die nächste Zeit mit einer niedrigeren Förderung zu rechnen.

Die Gesamtbelegschaft stellte sich Ende November auf 561 065 Mann gegen 556 808 Ende Oktober 1922, mithin ist eine Zunahme der Belegschaft um 4257 Mann zu verzeichnen. Die Belegschaft hatte Ende November die bisher höchste Belegschaftsziffer (561 158 Ende Februar 1922) ungefähr wieder erreicht.

Die Koksherstellung belief sich im November 1922 auf 2 176 850 To. oder täglich 72 562 To. gegen 2 220 623 To. oder täglich 71 633 To. im Oktober 1922. An Briketts wurden hergestellt 376 438 To. (arbeitstäglich 15 523 To.) gegen 400 290 To. (arbeitstäglich 15 396 To.) im Oktober 1922.

Für den Transport auf der Eisenbahn wurden im November 1922 596 327 Wagen gestellt gegen 605 544 im Oktober 1922, d. s. arbeitstäglich 23 119 (22 210) Wagen. Die höchste Gestellung war am 16. November mit 24 752, die niedrigste am 30. November mit 20 685 Wagen. Gefehlt haben 714 Wagen.

Die Verkehrslage im Ruhrbezirk.

Die Eisenbahn-Betriebslage im Ruhrbezirk war in der abgelaufenen Woche glatt. Leere offene Wagen liefen so ausreichend zu, daß sowohl die für Kohlen, Koks und Briketts als auch für andere Güter angeforderten Wagen voll gestellt werden konnten. Auch dem Bedarf an gedeckten Wagen wurde ohne Ausfälle entsprochen. Für Kohlen, Koks und Briketts wurden in der vergangenen Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt einschließlich der nachträglich bestellten Wagen 22 882 Wagen (gerechnet zu je 10 Tonnen) angefordert und auch gestellt. (Höchstgestellung am 16. Dezember 23 700., Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittsgestellung 20 956 Wagen.

Der Brennstoffumschlag an den Kippern der Duisburg-Ruhrorter Häfen belief sich werktäglich auf 21 707 (22 540) Tonnen; in den privaten Rheinhäfen wurden 6 132 (6 720) Tonnen und in den Zechenhäfen der Kanäle 26 026 (28 277) Tonnen werktäglich umgeschlagen.

* **Westfälische Eisen- und Drahtwerke A.-G. in Werne bei Langendreer.** Die ao. H.-V. genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 10 auf 42 Mill. Mk. durch Ausgabe von 10 Millionen Mark neuen Inhaber-Stammaktien. Die neuen Aktien werden von einem Konsortium übernommen mit der Verpflichtung, sie zur Verfügung der Verwaltung zu halten, weil die durch Kapitalserhöhung gewonnenen Mittel für Angliederungszwecke Verwendung finden sollen. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind indessen noch nicht abgeschlossen.

* **Dortmunder Aktienbrauerei.** Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 20. Januar einzuberufenden Generalversammlung eine Dividende von 30 Prozent sowie die Verteilung eines Bonus von 30 Prozent auf das rund 16 Millionen Mark betragende Aktienkapital vorzuschlagen.

* **A.-G. Schwabenbräu in Düsseldorf.** Die Verwaltung beantragt für das abgelaufene Geschäftsjahr, das 100. seit der Gründung des Unternehmens, eine Dividende von 25 (i. V. 15) Prozent und 200 (100) Mark Sondervergütung auf die Aktie nach reichlichen Rückstellungen, sowie nach Verteilung von 1 Million Mark für Wohlfahrtszwecke.

* **Allgemeiner Bankverein A.-G. in Düsseldorf.** In der ao. H.-V. berichtete der Vorsitzende, daß die Beschlüsse der ao. H.-V. vom 9. Juni durchgeführt worden seien. Die Bank habe jetzt ein voll eingezahltes Aktienkapital von 116 756 000 Mark. Die Bank habe die regelmäßigen Geschäfte mit Erfolg wieder aufgenommen.

* **Heimann u. Co. A.-G. in Düsseldorf.** In der Generalversammlung wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1921/22 auf 50 Prozent festgesetzt. Ferner wurden Vorstand und Aufsichtsrat bevollmächtigt, das jetzige Aktienkapital von 15 Millionen Mark bis auf 50 Millionen Mark zu erhöhen.

* **Maschinen- und Kranbau-A.-G. in Düsseldorf.** Die ao. H.-V. beschloß, das Aktienkapital um 10 Mill. Mark Stammaktien und 2 Mill. Mark Vorzugsaktien zu erhöhen. Die Stammaktien sind ab 1. März 1922 dividendenberechtigt; sie werden von einer Gruppe zu 300 Prozent übernommen. Den alten Aktionären werden auf 3 alte 1 neue Aktie zum gleichen Kurse angeboten. Die restlichen neuen Stammaktien sollen unter Gewinnbeteiligung der Gesellschaft bestens verwertet werden. Die Vorzugsaktien nehmen ab 1. März 1923 an der Dividende teil, sie sind mit einer 4 proz. Vorzugsdividende und einem auf bestimmte Beschlüsse beschränkten 10fachen Stimmrecht ausgestattet und werden an den Patentinhaber als Vergütung gewährt. Die Kapitalerhöhung erfolgt im Zusammenhang mit dem Ausbau des Dintorfer Werks, wo die Herstellung einer patentierten Maschine aufgenommen wird, wovon sich die Verwaltung große Erfolge verspricht. Die Inbetriebnahme der neuen Abteilung soll Anfang März nächsten Jahres erfolgen. Der Geschäftsgang wurde als günstig bezeichnet. Die bisherigen Ergebnisse seien um ein Vielfaches höher als die des Vorjahres. Auch auf das erhöhte Aktienkapital werde eine erhöhte Dividende ausgeschüttet werden. Das Werk Goessnitz arbeite ebenfalls sehr günstig.

* **Maschinenfabrik Schieß A.-G. in Düsseldorf.** Die H.-V. genehmigte den bekannten Abschluß und stellte die Dividende mit 16 Prozent sofort zahlbar.

* **Malmedie u. Co., Maschinenfabrik-A.-G. in Düsseldorf.** Die H.-V. genehmigte den Abschluß und setzte die sofort zahlbare Dividende auf 50 Prozent fest. Die Verwaltung berichtete, daß das Werk lebhaft beschäftigt sei.

* **Gewerkschaft des Bruckdorf-Nietlebener Bergbau-Vereins in Halle a. S.** Der Grubenvorstand hat beschlossen, für das Jahr 1920 eine Weihnachts-Ausbeute von 10 000 Mark pro Kux am 23. Dezember d. J. an die am 18. Dez. im Gewerkenbuch eingetragenen Kuxeninhaber zur Auszahlung zu bringen. Für 1922 ist außerdem bereits eine Abschlags-Ausbeute von 5000 Mk. je Kux gezahlt worden.

p. **Essener Kuxenbörse** vom 21. Dez. Die Börse verkehrte bei stillem Geschäft in ziemlich behaupteter, teilweise fester Haltung auf fast allen Marktgebieten. Auf dem Kohlenkuxenmarkt wurden besonders die linksrheinischen Werte zu höheren Kursen umgesetzt. Von Kaliwerten konnten Adler, Karl Friedrich und Wesko Besserung aufweisen, dagegen blieben Blankenburg leicht abgeschwächt. Der Braunkohlen-Kuxenmarkt konnte sich behaupten, teilweise zogen die Werke einige Tausend Mark an. Zementwerke waren im allgemeinen zu letzten Kursen gefragt. Der Kali-Kuxenmarkt hatte eine besonders feste Haltung. Bei Kali-Aktien waren Abschwächungen gefragt. Im allgemeinen hatten die Kaliwerte gegenüber den letzten Börsennotierungen ansehnliche Kursbesserungen aufzuweisen. Der Markt der unnotierten Werte war ebenfalls in leicht befestigter Stimmung; die meisten Kurse konnten anziehen.

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.
Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.
Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.
Wir sind unter Vorbehalt für Kohlenwerte

Name	Käufer	Verk.	Name	Käufer	Verk.
Adler Akt	6500	6800	Gr. Schw	2000000	2500000
Admiral	475000	575000	Heinrich	1250000	1600000
Alt. Hans.	300000	350000	Hel. & Am	—	—
Blankenb	2900	3100	Joh. Deim	1100000	—
Carl Frd.	2150	2300	Kö. Ludw	11500000	14500000
Caroline	600000	700000	Langenb.	3400000	4000000
Car. Mag	750000	850000	Lothr Akt	29000	32000
Const. Gr	9000000	—	Mansfeld	6900	7150
Diergar.	1150000	1325000	Moers	750000	825000
Ewald	13000000	16000000	Oespel	—	—
Fr. V. Uv.	—	—	Schür. Ch	600000	700000
Fr. Morg.	1500000	—	ver. Trap.	300000	3750000
Glückaufs	650000	800000	Trier	1200000	—
Gottess.	375000	500000	Wilh. Me.	1250000	1600000
Graf Bis.	16500000	19500000	Webko	—	—
Braunkohlenwerke					
Bruckd. N	1950003	2300000	Michel	2900000	—
Düren	—	—	Oscarsc.	—	—
Gut. Hoff	725000	800000	Vesta	1100000	1300000
Leonhar.	2800000	—	Zuk. Akt.	10600	11400
Kaliwerke					
Alexandh	1250000	1550000	Hüpstedt	600000	700000
Asse	800000	950000	Johannas	400000	475000
Bergmac.	3150000	4000000	Kaiserod	5000000	—
Burbach	3750000	4500000	Königsh.	1700000	2000000
Carlsfun.	950000	1150000	Marie	50000	56000
Carlshall	350000	425000	Marie-Lu	50000	56000
Deadem.	900000	1100000	Max	55000	62000
Einigkei.	675000	750000	Meimers.	—	—
Ellers	375000	425000	Neurode	500000	600000
Felsenfe.	625000	700000	Neustaß.	3500000	—
Friedrro.	425000	475000	Oberhof	175000	210000
Fürstenh	700000	—	PrinzEug	—	—
Gebra	750000	850000	Ransb.	425000	475000
Glücks-S	4000000	—	Reinhard	200000	250000
Grüh. WE	550000	7500000	Rothenb.	200000	225000
Günthers	625000	700000	Salzmün.	750000	850000
Habighor	—	—	Siegfr. I	625000	725000
Hans.-Sil	700000	800000	Siegfr. G.	1250000	1600000
Heiligro.	2400000	—	Thüring.	350000	400000
Heimbol.	350000	4000000	Volkenr.	775000	875000
Herfa	500000	600000	Walbeck	900000	1100000
Heringen	750000	850000	Wilhelmh	1300000	1700000
Hildasgl.	—	—	Winterah	9000000	12000000
Hindenb.	1700000	2000000			
Kali-Aktien					
Adler Stamm-A	6100	6300	Krügershall-A.	5400	5650
Hall. Kali-Akt.	6000	6300	Ronnenberg-A	—	16000
Heldburg-Akt.	10000	12000	Salzdethfurt-A	—	—
Wittekind	5200	5600	Siegmunds A.	12300	14500
unnotierte Werte					
BeckStahlwAk	4500	4700	R. Wolf	—	—
Benz alte Akt	—	—	Halbach M.-A.	2600	2750
Benz junge Akt	—	—	Kabelw Rheydt	4500	4700
Brückb. Fiend.	—	—	Ludwig Ganz	—	—
Deut. Masch-A	—	—	Lamb. & May	—	—
Dortm. Ritterbr	—	—	Rh.-W. Elekt-A	11500	12500
Eltewerke-A	2200	—	Uerd. Wag.-A.	7500	7750
Els. Westfalia	—	—	R-W Schachtb	2350	2500

Amtlicher Wetterbericht.

Durch das Ansteigen des Luftdrucks im Nordwesten hat die Bewölkung vorübergehend abgenommen. Auf dem Nordmeer liegt wieder ein neuer kräftiger Tiefdruck.

Aussichten für Freitag:
Veränderlich, zeitweise trüb, wieder Eintritt von Regen, ziemlich mild.

Passende
Weihnachtsgeschenke
wie Taschenmesser / Rasiermesser
kompl. Rasiergarnituren / Feuerzeuge
Zigarettenetuis / Manikurkästen / Bestecke etc. kaufen Sie noch vorteilhaft bei
Fred Bernards, Bochum
Friedrichstraße 26 Telefon 483
Solinger Stahlwaren, Waffen, Munition, Hundesportartikel

Bilanz per 30. Juni 1922

Aktiva			Passiva		
Grundstücke mit aufstehenden Fabrikgebäuden und Wohnhäusern . . . . M.		2 653 678 42	Aktienkapital . . . . . M.		7 000 000 —
Maschinelle Anlagen und Fabrikeinrichtungen		1 079 898 —	Reservefonds		300 000 —
Wertpapiere		185 758 30	Spezial-Reservefonds		1 500 000 —
Kautionspapiere		14 745 —	Talonsteuer-Rückstellung		10 000 —
Kassenbestand		112 499 03	Hypotheken		121 164 30
Beteiligungen		567 200 —	Delkredere		154 368 75
Vorräte		36 089 920 23	Uebergangs-Konto		6 978 558 40
Debitoren		44 657 997 17	Maschinen-Erneuerungs-Konto		4 000 000 —
Bürgschaften . . . . . M. 107 325.—			Kreditoren		48 054 555 32
			Bankschulden		13 083 465 76
			Bürgschaften . . . . . M. 107 325.—		
			Gewinn- und Verlust-Konto		
			Gewinnvortrag aus 1920/21	142 722 46	
			Gewinn aus 1921/22	4 066 861 16	4 209 583 62
M.		85 361 696 15	M.		85 361 696 15

Gewinn- und Verlust-Konto

Generalunkosten einschl. Steuern . . . M.		37 803 266 31	Gewinnvortrag aus 1920/21 . . . . . M.		142 722 46
Maschinen-Erneuerungs-Konto		2 697 912 20	Betriebsüberschuß		46 209 025 56
Abschreibungen		1 640 985 89			
Bilanz-Konto					
Gewinnvortrag aus 1920/21	142 722 46				
Gewinn aus 1921/22	4 066 861 16	4 209 583 62			
M.		46 351 748 02	M.		46 351 748 02

Maschinenbau-Aktiengesellschaft
H. Flottmann & Comp.
E. Flottmann. A. Kahle.